

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 2. März 1928
10. Jahrgang Nummer 53

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Streifenband 2,50 M. Anzeigenpreis: Die gebührende Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf. Vereins- und Verlautbarungsaussagen 8 Pf. Mellemontpreis: Die gebührende Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme u. der Haupt-Expeditionen 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telefon 4719. **Verlagsredaktion:** Breslau 544, Rebellstraße 26, Trebnitzer Straße 50. Telefon Ring 8837. **Druckerei:** Breslau, Rebellstraße 26, Trebnitzer Straße 50. Telefon Ring 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Glatz, Wilmbergstraße 26. Telefon 2384. **Verlag:** Glatz, Wilmbergstraße 26. Telefon 2384. **Verlags-Gesellschaft:** m.B.H. Breslau. — **Druck:** „Rebber“ Breslau, Wilmbergstraße 26.

20 Millionen Korruptionsgelder!

Doch Herr Groener schweigt

(Eig. Drahtber.) Berlin, 2. März.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde in die Beratung des Phoebus-Standales eingetreten. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, möglichst bald den Bericht des Reichsparlamentarischen Ausschusses zu verlesen. Genosse Stöcker forderte unter Hinweis, daß im ganzen etwa 20 Millionen Mark verpulvert worden seien, die sofortige Vorlegung des seit Monaten fertigen Untersuchungsberichtes. Er forderte den anwesenden Reichswehrminister Groener auf, sich dazu zu äußern.

Herr Groener schweigt!

Nun beantragte Genosse Stöcker die sofortige Abstimmung über seinen Antrag. Dieser wurde mit 12 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei angenommen.

Herr Groener weigerte sich noch immer, Auskunft zu geben!

Er erklärte jetzt, er müsse zuerst mit dem Reichsparlamentarischen Ausschuss sprechen. Daraufhin beschloß der Ausschuss, seine Verhandlungen abzubrechen, bis der Saemisch-Bericht vorgelegt werde.

(Eig. Drahtber.) Berlin, 2. März.

Gestern nachmittag versammelte sich die Regierung im Reichstag, um über die Phoebus-Angelegenheit zu beraten. Nach mehrstündiger Debatte beschloß das Kabinett, die vom Hauptauschuß des Reichstages verlangte Veröffentlichung des Saemisch-Berichtes abzulehnen. Reichswehrminister Groener wurde ermächtigt, in der morgigen Sitzung des Haushaltsausschusses eine diesbezügliche Erklärung abzugeben.

*

R. Beim Phoebus-Standal handelt es sich um die nette Summe von 20 Millionen Mark, die der Kapitän Lohmann vom Reichswehrministerium in ein nationalitisches Filmunternehmen gesteckt hat, das dann bankrott machte. Erst wollte Gehler überhaupt die ganze Angelegenheit ableugnen. Jetzt steht aber fest, daß es sich um Millionen aus

dem berichtigten Ruhrfonds handelt, über den die Regierung ohne Wissen des Reichstages verfügt.

Obwohl ein genauer Bericht des Reichsparlamentarischen Ausschusses vorliegt, möchte die Regierung Marx die ganze Angelegenheit im Dunkeln, in strengster „Vertraulichkeit“ behandeln. Erst vor wenigen Tagen überraschte Genosse Stöcker eine Geheimkonferenz sämtlicher Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, die geheime Informationen Groeners über den Standal entgegennahm. Der kommunistische Antrag im öffentlichen Ausschuss warben Herren von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei sichtlich unangenehm, aber angesichts der kommenden Wahlen wagten sie nicht, für die Verschleierung der Phoebus-Korruption zu stimmen.

Wir stellen damit vor der Arbeiterschaft fest, daß es der kommunistischen Initiative zu verdanken ist, wenn die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit jetzt auf die Verschleierungsgelüste der Regierung, die noch immer die Veröffentlichung verweigert, hingelenkt wird!

Interessant ist auch das Verhalten des Reichswehrministers Groener. Er, der von den Republikanern so sehr begrüßt wurde, setzt den Gehler-Kurs der Vertuschung aller Reichswehrschweineereien fort. Auch dafür hat die Sozialdemokratie bereits wieder eine Erklärung. Sebering behauptete vor wenigen Tagen, Groener sei von seinen Reichswehroffizieren „eingewickelt und belogen worden“. Wir glauben, daß Groeners Verhalten im Hauptauschuß zeigt, daß diese sozialdemokratische Moorenwäsche vergeblich ist.

Die kommenden Wahlen müssen eine entschiedene Abrechnung der Massen mit dem Korruptionskurs und seinen sozialdemokratischen Zuhältern bringen.

Die Notlage der Bauern

Reichstagsrede des Genossen Puk

(Eig. Drahtber.) Berlin, 2. März.

Nach Ausführungen des demokratischen Redners sprach gestern im Reichstag Genosse Puk:

Die Erkenntnis für die Hilfsbedürftigkeit des Bauernstandes ist den Parteien dieses Reichstages erst jetzt gekommen, weil das Wahljahr 1928 angebrochen ist. Dieselben Klagen über die Not der Bauern, die von mir 1925 aus zahlreichen Briefen von Bauern hier im Reichstage vorgetragen wurden, werden jetzt plötzlich kurz vor den Neuwahlen von allen Seiten aufgenommen.

Woher kommt denn die Not der Bauern?

Vor zwei Jahren hat der Zentrumredner Fellmayr gesagt, die Not komme daher, daß wir schon seit vielen Jahren „eine Sauregierung nach der anderen“ gehabt haben. Gestern nun hat der Zentrumsabgeordnete in seiner wohl vorbereiteten Wahlrede festgestellt, daß man dranhin im Lande überall über die Folgen der bisherigen Politik entsetzt ist. Da muß man doch fragen: in welcher Regierung war denn das Zentrum nicht vertreten? In welcher Regierung hat er sich nicht beteiligt und nicht mit der Verantwortung getragen? Es ist Zeit für die Bauern, darüber nachzudenken, wer für die bisherige Politik verantwortlich ist. Wenn Sie sich die Regierungen im Reich und in den Ländern ansehen, werden Sie erkennen, daß es ganz gleichgültig ist, ob der Regierungsjesell von einem deutschnationalen eingenommen wird oder ob er — wie in Bayern — von der Bayerischen Volkspartei oder — wie in Preußen — von dem Sozialdemokraten Braun gedrückt wird. Überall gilt derselbe Satz: eine Sauregierung nach der anderen! Von allen Seiten wird der Bauer in der gleichen Weise belogen, betrogen und ausgeplündert.

Heute schimpft man hier über die verkehrte Steuerpolitik. Aber wer hat sie denn gemacht? Wer deckt sie denn? Wer deckt denn den Staatsapparat, der durch Pfändungen, durch Versteigerungen die Steuern von den Bauern eintreibt? Sind das etwa wir Kommunisten oder sind das die anderen Parteien dieses Reichstages?

Jetzt wird viel über die Kreditnot der Landwirtschaft gesprochen. In der Sitzung vom 15. Mai habe ich ausführlich über die Schwierigkeiten, Kredit zu erlangen, und die ungerechte Kreditverteilung geredet. Damals hat man mir zugerufen, daß sei lediglich eine demagogische kommunistische Darstellung. Heute, wo der Großgrundbesitz, von dem wir damals behaupteten, daß er die Kredite einsteckt, sich an diesen Krediten übernommen hat, ihm der Broden im Hals stecken bleibt und er zu erstickten droht, wird nach Hilfe für den Großgrundbesitz gerufen, der seinerzeit den Bauern die notwendigen Betriebsmittel weggenommen hat.

Genosse Puk schildert die Zerschlagung der Deffentlichkeit und auch der Bauern durch die Heke gegen die zu niedrigen Zölle. Angeblich wird Deutschland von ausländischen Kartoffeln überflutet und kann der inländische Kartoffelbauer infolgedessen seine Ware auf dem Markt nicht unterbringen. Nach der Statistik betrug die Kartoffelernte im Durchschnitt 1923 bis 1926 pro Jahr 36,2 Millionen Tonnen. Eingeführt wurden wurden Kartoffeln im Jahresdurchschnitt von 1923 bis 1927 1 Prozent der inländischen Aufkommens pro Jahr, d. h. 360.000 Tonnen. (Hört! Hört! bei den Komm.) Es ist also eine jahrelange Zerschlagung der Deffentlichkeit, daß diese Einfuhr von 360.000 Tonnen pro Jahr bei 36 Millionen Tonnen inländischer Produktion den inländischen Kartoffelbau ruiniert!

Ähnlich steht es nun mit den Behauptungen über die Schweinepreise. Der neue Parteigründer Döbrich hat in einem Aufsatz gesagt, die Schweinepreise seien deswegen so niedrig, weil zuviel Vieh eingeführt wurde. Nach der Statistik sind rund 24 Millionen Schweine im Jahre 1927 gezüchtet worden. Nach dem statistischen Jahrbuch sind 16 Millionen geschlachtet worden; einschließlich der Hauszuchtungen kann also mit rund 20 Millionen geschlachteter Schweine gerechnet werden. Dagegen sind eingeführt worden 16.000 Stück. An Fleisch sind eingeführt worden 285.000 Tz., das sind 1,25 Prozent ausländischen Schweinefleisches, die auf dem Markt gekommen sind. Die übrigen 98,75 Prozent sind vom Inland gestellt worden. Der niedrige Schweinepreis kann also von dieser geringfügigen Einfuhr nicht bestimmt sein. Die Ursache ist in Wirklichkeit auch eine ganz andere. Sie liegt in der geringen Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. (Lebhaftes Zustimmung bei den Komm.) Daran liegt es, daß die breiten Massen, die Erwerbslosen und auch die schlechtbezahlten Arbeiter-schichten auf das billige Geflügel angewiesen sind und sich nicht mit frischem Fleisch versorgen können. Dazu kommt die heruntergekommene Wirkung des Inflationsgeldes.

Zum ober-schlesischen Riesenkampf

Gleiwitz, 2. März.

Der Arbeitgeberverband im Steinkohlenbergbau richtet an die im Tarifvertrag beteiligten Organisationen ein Schreiben, in dem er unter Hinweis auf die Kündigungsschicht der Arbeitnehmer zum 31. März den Manteltarif vom 20. Juli 1923 nebst sämtlichen Anlagen, soweit sie als Teile des Tarifvertrages anzusehen sind, kündigt. Die Gewerkschaften erheben demgegenüber folgende Forderungen: Umwandlung der Stundenlöhne der Ubertagearbeiter im Steinkohlen- u. Erzbergbau sowie in den Nebenbetrieben in Schichtlöhne, stufenständige Untertagearbeit, achtstündige Ubertagearbeit. (Und die Lohnerhöhung um 1,50 Mark pro Schicht? Die Red.)

Wir schreiben gestern bereits, daß die Bewegung von den Reformisten nur unter stärkstem Druck der ober-schlesischen Bergarbeiter geführt wird. Angesichts der entschiedenen Kampfhaltung der ober-schlesischen Grubenkönige sind energische Abwehrmaßnahmen, sofortige Schließung eines Kampfbündnisses, die Einberufung eines ober-schlesischen Betriebsräte-Kongresses und Aufstellung eines Kampfbündnisses in der Arbeitszeit- und Lohnfrage das Gebot der Stunde.

Oberschlesische Berg- und Hüttenarbeiter, fordert von den Gewerkschaftsführern, daß sie schon jetzt entschiedene Kampfmaßnahmen für den 31. März treffen!

Der Manteltarif für die hannoversche Metallindustrie zum 31. März gekündigt

Hannover, 1. März. — Wie die „Neue Arbeiterzeitung“ erfährt, hat der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungssitz Hannover, den Manteltarif für die hannoversche Metallindustrie vom 15. April 1927 zum 31. März 1928 gekündigt.

Neue Lohnkämpfe in der Solinger Metallindustrie

Solingen, 1. März. — Nach siebenstündigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den beiden Metallarbeiterverbänden ist das Lohn- und Arbeitsverhältnis für die Solinger

Metallindustrie von den Gewerkschaften zum 31. März 1928 gekündigt worden. Damit steht die Solinger Industrie vor neuen Kämpfen.

Vom Tage

Durch Schwefelgasexplosion auf der Zeche Wienbahlbank bei Annen (Westfalen) wurden gestern durch den Einsturz einer Baggermaschine mehrere Arbeiter unter den Steinfelsen begraben. Bisher wurden drei Mann geborgen, die schwer verletzt sind.

Die bayerische Regierungskrise hat sich erneut dadurch verschärft, daß der Bayerische Bauernbund bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Bauernbefolgungsvorlage bestehen bleibt.

Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft sind in verschiedenen Orten des Reiches Hausdurchsuchungen bei Wikinghändlern erfolgt, u. a. auch in Breslau bei einem gewissen Gärtner, der den jüdischen Kreisen um Ehrhardt angehört.

Ammanullah beschäftigte gestern die Junkerwerke in Dessau.

Der bisherige polnische Gesandte in Berlin soll nach Budapest gehen. Ueber seinen Nachfolger ist bisher noch nichts bekannt.

Infolge einer Polizeiattende auf Studenten in Warschau haben die Akademiker einen Hochschulstreik proklamiert.

Der Legat der litauischen Antwortnote an Polen soll die Botschaft zu Verhandlungen am 13. März in Königsberg aussprechen.

Chamberlain und Briand werden am Sonntagvormittag mit dem gleichen Zuge aus Paris in Genf eintreffen, um an den Vorbereitungen für die bevorstehende Völkerversammlung teilzunehmen.

gegen den allerdings die Rechts- und Mittelparteien dieses Hauses nichts zu unternehmen wagen.

Durch solche Zahlen verlor die Bauernschaft draußen systematisch Irreguläres. Aber die Bauern wollen nicht mehr auf den alten Lein des Landbundes stehen. Kürzlich hat in Würzburg der Ortsgruppenführer des Landbundes von Kuba öffentlich erklärt, seine Ortsgruppe habe beschlossen, bei der nächsten Reichstagswahl Kommunistische Kandidaten zu wählen. Durch die Gründung einer eigenen christlich-nationalen Bauernpartei sucht man jetzt die Bauern von dem Abmarsch nach links zurückzuhalten. Dasselbe Ziel verfolgt die Gründung der Deutschen Bauernpartei durch Professor Febr. Aber auf die Dauer werden sich die Bauern nicht mehr hinter sich führen lassen. Sie werden und müssen den Weg eines engen Kampfbündnisses mit den Arbeitern schließen gegen die gemeinsamen Feinde: gegen das Industriekapital, den Bankhaushalter, den Pachtwucher, die Ausplünderung des wertvollen Bodens. Sie werden mit uns Seite an Seite kämpfen für den Sturz dieser Regierung und die Beseitigung des staatlichen Staatsapparates, der die Feinde der Bauern schützt. Sie werden ihre Kräfte einlegen mit der Arbeiterschaft zusammen für Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung. (Sehr großer Beifall bei den Komm.)

Die kommunistische Fraktion hat gegen den deutschnationalen Ernährungsminister Schiele ein Misstrauensvotum eingebracht, das mit zur Debatte steht.

In der weiteren Debatte versucht Schiele, die Kreditpolitik der Rentenbank und der übrigen anhaltischen Geldinstitute zu verteidigen. Anschließend daran hält er eine agitatorische Rede für den Schutz des bäuerlichen Privateigentums, das angeblich durch Sozialversicherungsbestrebungen gefährdet sei. Auf die von dem Sozialdemokraten Schmidt mitgeteilte Tatsache, daß im Verwaltungsrat der Roggenrentenbank vier deutsche nationale Parteimitglieder sitzen, die im Jahre 1926 300 000 Mark Zinsen bezogen haben, schweigt sich der deutschnationale Ernährungsminister aus.

Verhöhnung der Toten von Erzenschmilz im Preussischen Landtag

(Eig. Drahtber.) Berlin, 1. März. Wie schon so oft, so hat auch heute wieder bei der Eröffnung der Landtagssitzung der Präsident über eine furchtbare Grubenkatastrophe berichten müssen. Auf der Zeche Gwald in Erzenschmilz (Schlesien) sind 58 Bergleute verunglückt worden, von denen bisher 14 als Tote geborgen worden sind. Der Landtag sei ihnen durch diese Katastrophe und durch die Verweigerung seiner berechtigten Teilnahme aus. Genosse Sobotta nahm zu dieser Mitteilung das Wort und wies darauf hin, daß die Kommunisten aus Anlaß verschiedener größerer Grubenkatastrophen und der sich täglich wühlenden Einzelunfälle wiederholt entsprechende Vorwärts- und Schutzmaßnahmen zur Sicherung des Lebens der Bergarbeiter gefordert haben. Insbesondere haben wir verlangt, daß die Eisfahrten verlangsamt werden, da eine ganze Anzahl von Unfällen in den letzten Jahren auf die rasenden Eisfahrten zurückzuführen waren. Alle unsere Anträge sind in diesem Hause wirkungslos verblieben. Regelmäßig, sehr oft mit jämmerlicher Miene abgelehnt. (Wort! Wort! bei den Kommunisten.) Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb auf Grund § 67 der Geschäftsordnung, daß der Minister für Handel und Gewerbe sofort herbeigerufen wird, um Auskunft darüber zu geben, wie es möglich ist, daß dieses Unglück auf der Zeche Gwald geschehen konnte. Der Minister ist sehr oft darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Antreiber- und Prämienystem besonders bei den Fördermaschinen und bei der Eisfahrt zu großen Katastrophen in den Gruben geführt hat. Schon im Jahre 1926 hat der Landtag einen Antrag der Kommunisten angenommen, der ein Verbot des Prämienystems im Bergbau forderte. Der Minister für Handel und Gewerbe hat es nicht für notwendig gehalten, diesen Vorstoß durchzuführen. Nur auf dieser Sabotage des Landtagsbeschlusses ist das neue Unglück zurückzuführen.

In der sofort vorgenommenen Besprechung des kommunistischen Antrages führte Genosse Sieck aus, daß die Verhöhnung der Toten durch die Prämien- und das Antreiber- im unterirdischen Bergbau zu der schändlichsten Verhöhnung führt, mit der die Verantwortlichen mit dem Leben der Arbeiter umgehen. Da die Mehrheit hier alle Anträge der Kommunisten auf ernsthafte Beseitigung der Gefahren für das Leben der Bergarbeiter lächerlich als eine Blauphemie. Der Handelsminister hat sich direkt strafbar gemacht, daß er nicht einmal die be-

scheidenen Beschlüsse des Landtags auf Beschränkungen des Antreiber-Systems durchführte.

Der sozialdemokratische Präsident Bartels brachte es fertig, die Ausführungen des Genossen Sieck als geschmacklos zu bezeichnen.

Genosse Kasper konnte sofort den Nachweis führen, wenn Geschmackslosigkeit zu eigen ist und wer die toten Bergarbeiter brutal verhöhnt. Er stellte fest, daß der Zentrumsabgeordnete Parich (ein ehemaliger Bergarbeiter) den Antrag der Kommunisten auf Herbeiführung des Ministers durch einen Hohnruf als „Theater“ bezeichnete. Parich selbst gestand stammelnd zu, daß er diesen niederträchtigen Hohnruf gemacht habe. Er habe aber damit nur zum Ausdruck bringen wollen, daß die Kommunisten wütheten, daß ohne diese Katastrophe vom Handelsminister eingehend untersucht würde.

Die Genossen Winterlich und Sobotta rechneten gründlich mit dem Zentrumsmann ab und zählten durch zahlreiche Fälle aus der Praxis, wie die „Angriffe“ durch systematische Antreiber, Prämienystem und Außerachtlassung der wichtigsten Schutzbestimmungen entstehen.

Die tschechische Bergarbeiterfront unerhört!

(Eig. Ber.) Prag, 2. März.

Am Sonntag kam auf einer gemeinsamen Revierkonferenz der abertausende Kampfeswille der nordböhmischen Bergarbeiter bezeugt zum Ausdruck. Diese Stimmung hat bis zum heutigen Tage angehalten.

In Brüx sind auf dem Hercules-Schacht mit über 600 Mann Besatzung nur 48 Mann Sicherheitsmannschaft eingefahren. Auf allen Schächten, wie Kolumbus, Zentrum und Humboldt, ist das Verhältnis das gleiche.

In Komotau fanden große öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, in denen die Arbeiter außerordentlich aufgepeitscht wurden durch das provokatorische Auftreten der Gendarmen, die gegen die Arbeiter mit gefälltem Bajonett vorging.

Im Bruch-Revier sind die Sicherheitsarbeiten überall fast vollständig eingestellt, die zur Sicherheitsleistung abkommandierten Arbeiter werden die Schelte zurück und verweigern die Einfahrt. Die Gendarmen geht direkt in die Wohnungen und versucht, die Bergarbeiter zwangsweise zur Einfahrt und zur Leistung der Sicherheitsarbeiten heranzuholen.

In Dug fand eine große Streikversammlung statt, in der sich die Arbeiter mit aller Schärfe gegen das antreiberische Prämienystem und die anderen Absichten der Kohlenbarone wandten.

In Komern fand eine überfüllte Bergarbeiterkundgebung von Bergarbeitern aller Richtungen statt, in der die Arbeiter mit beispielloser Erbitterung sofortige Verschärfung des Kampfes und radikalste Ablehnung jeder Prämienysteme forderten.

In Prazeitz fand eine große Frauenversammlung statt, in der die Frauen zur Verschärfung der Forderungen überfüllt waren und wo nach dem Referat von tschechischen und deutschsprachigen

den Genossinnen einstimmig eine Entschließung angenommen wurde, in der die Frauen feierlich geloben, sich in dem erbitterten Kampf ohne Murren und Bögen bewußt an die Seite ihrer Männer und Verwandten zu stellen und mit allen Kräften dazu beizutragen, daß der Kampf siegreich beendet wird.

Im Dandova-Revier haben die Bergarbeiter den Unternehmern ein Ultimatum überreicht, in dem sie mitteilen: Wenn bis zum 29. Februar keine beschließende Antwort auf die erhobenen Forderungen erteilt wird, dann werden sämtliche Sicherheitsarbeiten eingestellt, und die Unternehmer tragen selber die Verantwortung für das Schicksal der Gruben. Auf Antrag der kommunistischen Gemeindevertreter beschloß die Gemeinde, die streikenden Bergarbeiter in weitestem Ausmaß zu unterstützen.

Falschillische Munition entbedt!

(Eig. Drahtber.) Berlin, 2. März.

Gestern fanden Spaziergänger am Ufer der Havel, in der Nähe von Spandau, im Schiffslegende, 618 Schuß Gewehr- und Patronenmunition. Bei näherem Umschauen entdeckten sie überall verstreut ganze Haufen von Munition, so daß sie zum nächsten Polizeirevier gingen und diesen merkwürdigen Fund zur Anzeige brachten. Darauf wurde sofort die beschädigte In-Abteilung des Polizeipräsidiums alarmiert, die in dem Aufsuchen von Munitionsvorkommen einen geradezu präventiven Auftrieb. In diesem Falle dürfte es aber schwer sein, die Kleinbürger vor den Kommunisten greiflich zu machen, denn bei diesem merkwürdigen Munitionslager im Freien wurde nämlich auch eine Armblende der „Einwohnerwehr Charlottenburg“ gefunden, so daß die Herkunft der Munition bereits einwandfrei geklärt ist.

Für zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch!

Berlin, 2. März. (Eig. Drahtber.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, den Zoll auf Gefrierfleisch nicht mehr zu erheben; im Falle der Ablehnung: die Reichsregierung aufzufordern, Gefrierfleisch zur Abgabe an Selbstverbraucher durch Konsumvereine und Gemeindefürsorge in voller Höhe der bisherigen Gesamteinfuhr zu belassen. — Stoeder, Goernke, Roenen und Genossen.“

Entdeckung reicher Diamantenfelder in Südafrika. U. G. o. n. d. o. n., 1. März. — Wie aus Kapstadt berichtet wird, sind im Verlaufe einer Parlamentsdebatte Mitteilungen über die Entdeckung der reichsten Diamantenfelder gemacht worden. Das Feld, das an der Alexanderbüchse an der Mündung des Orangeflusses liegt, sei so ergiebig, daß die Regierung in den hundert Auktionen, die sie in dem Felde besitzt, in wenigen Wochen Steine im Werte von 3,2 Millionen Mark durch einfaches Auslesen ernten werde.

65 Proz. der Kinder in Warschau trinken Branntwein

(Eig. Drahtber.) Warschau, 2. März.

Vor einigen Tagen erschien hier eine umfassende Statistik, die über den Alkoholverbrauch in den polnischen Städten Auskunft gibt. In Hand dieser Statistik wurde festgestellt, daß 60,5 Prozent Knaben und 61,5 Prozent Mädchen, die die Volksschule besuchen, Alkohol trinken. In der Regel beginnen die Kinder mit sieben Jahren den Alkoholgenuß. Jedoch sind auch Fälle bekannt, wo der Alkoholgenuß noch früher beginnt. Eine darauffolgende Erhebung unter den Schülern hat ergeben, daß 4,4 Prozent der Knaben und 5,3 Prozent der Mädchen täglich ihrem Körper Alkohol zuführen. In den Volksschulen beträgt die Zahl der alkoholtrinkenden Kinder 65 Prozent. Unter 100 untersuchten Studenten befand sich auch nicht ein einziger Antialkoholiker.

Diese Statistik ist maßgebend für die Jahre 1925/26, und während der jetzigen Zeit ist noch keine Änderung dieses Zustandes erfolgt.

Was sagt die Statistik über den Alkoholgenuß bei den Ermachern? Der Anlaß an 99prozentigem Alkohol des staatlichen Monopols betrug in den Jahren 1925 86 778 Hektoliter, 1926 70 055 Hektoliter. Mit anderen Worten gesagt, konsumiert jeder Einwohner jährlich mehr als 7 Liter 100prozentigen Branntwein.

Diese mit dünnen Worten ausgedrückte Statistik ist mehr als graulich und befeuchtet treffend, mit reich schmutzigen Mitteln die bürgerliche Klasse ihre Herrschaft befestigt. Selbst vor planmäßiger Vergiftung der Kinder scheut man nicht zurück. Und diese Klasse nennt sich die Kulturträger der Menschheit!!

LOURDES

Von EMILE ZOLA

„Et exultavit spiritus meus in Domino salvatore meo...“
Marie betrat sich an diesem fröhlichen Morgen, an dieser himmelstarken mit dem tiefen Klumpen der hochaufliegenden Basilika entgegen mit wachsender, überströmender Fröhlichkeit.

In dem Maße, als sie höher kam, schien es ihr, daß sie kräftiger werde und fetter auf ihren so lange abgehörten, vom Tode anerkennenden Seiten stünde. Der Wagen, den sie festhält hinter sich her zog, war gleichsam die dem bezwungenen Leiden abgenommene Kräfte, die Hölle, aus der die heilige Jungfrau sie erlöst hatte, und obwohl ihr die Reizung die Hände zergründet, wollte sie ihn doch mit hinauffahren, um ihn zu den Füßen Gottes niederzulegen. Kein Hindernis konnte sie aufhalten; sie lachte unter schweren Tränen, ihre Brust hob sich, und ihr Gang war wie der eines Kriegers. Auf dem Wege hatten sich einer ihrer Pantoffeln vom Fuß losgelöst, und das Epigramm war von ihrem Pantoffel auf die Schallertreppen herabgeglitten. Allein sie schritt trotzdem weiter, und den Kopf nur von ihren bewunderungswürdigen blonden Haaren bedeckt, ging sie mit leuchtendem Antlitz, gebogen durch ein solches Gemischen des Willens und der Kraft, im Zuge mit, daß man den auf dem freien, gepflasterten Abhang hinter ihr drei kommenden schweren Wagen wie ein kleines Kinderwägelchen hüpfen hörte.

Pierre hielt sich im Arm des Vaters Marius, der ihn nicht losgelassen hatte, in Marius' Nähe. In seine übermäßige Gemütsbewegung verloren, war er unfähig, über etwas nachzudenken. Die mächtige Stimme seines Gefährten brännte ihn.

Auf der anderen Seite fuhr keiner Rechten begründete auch Verstand, er lehrte beruhigt war, den Altarhimmel. Er hatte seinen Entschuldigungen den Verstand gegeben, die Kräfte anzulösen und betrachtet nun die entzückende Szene des Menschenherd, das die Propheten jenseits nachgesehen hatte. Je höher man den Rampen entlang vordringte, um weiter breiteten sich unter der Flagge der Rechtenmassen die Frauen und Gartenarbeiter aus und entfalteten sich, wie von Hand, den Blicken. Man sah aus der Vogelperspektive ein ganzes Volk, das mehr und mehr sich ausbreitete und in die Ferne rückte. Die eigene Erlösung und die Erlösung ihres Freundes

großartig! Wie schön! — Nun, es wird kein schlechtes Jahr geben.“

Er, für den Lourdes hauptsächlich einen Hebel für die Propaganda bildete, in der kein politischer Groß befriedigte, freute sich über die zahlreichen Pilgerzüge, von denen er annahm, sie wären der Regierung unangenehm. „Ich hätte man doch nur die Arbeiter aus den Städten herbringen und eine katholische Demokratie gründen können!“

„Das letzte Jahr.“ fuhr er fort, „hat man es kaum auf zweihunderttausend Pilger gebracht. Ich hoffe, diese Ziffer wird heuer überschritten.“

Und obwohl er ein leidenschaftlicher Ektiker war, fügte er mit der hellsten Miene eines Lebemanns hinzu:

„Meiner Aral noch eben, während man sich zerdrückte, war ich ganz zufrieden... Ich sagte mir: Das Ding geht, das Ding geht vorwärts!“

Aber Pierre hörte nicht auf ihn, da er von der Großartigkeit des Schauspielers gelangengewonnen war.

Die Menschenmasse, die sich immer weiter ausdehnte, je mehr man sich über sie erhob, und dieses herrliche Ziel zu seinen Füßen, das ihn seine immer weiter sich ausdehnende Tiefe zeigte und den prunkvollen Horizont des Berges vor ihm anstarrte, erfüllten ihn mit bebender Bewunderung. Seine Verwirrung war darunter gewachsen; er sah die Blid Mariens und zeigte mit einer umfassen den Gebärde auf den unermesslichen Gefährten. Diese Gebärde wurde von dem jungen Mädchen mitgeteilt, in dem geistigen, schwärmerischen Zustand, in dem sie sich befand, da sie nicht die körperliche Wirklichkeit des Schauspielers, sondern sie glaubte, er nähme die Erde zum Ziegen für die Gnadenwunder, mit denen die heilige Jungfrau sie beide eben überhäuft hatte. Denn sie bildete sich ein, auch er hätte seinen Anteil am Wunder erhalten, auch er, der ihr so nahe Herz an Herz stand, hätte sich umfassen gefühlt vom Strahl der Gnade, der ihr Fleisch geirrt ließ und sie auf die Höhe heilte; sie wußte, er sei durch die nämliche Kraft gebildet, seine Seele vom Zweifel gerettet und dem Glauben wiedergegeben worden. Wie hätte er bei ihrer außerordentlichen Heilung zugegen sein können, ohne überzeugt zu werden? Ueberdies hatte sie die vorige Nacht sehr vor der Gnade gebetet. Im Uebermaß ihrer Freude erlöste sie auch ihn in einer Seelensucht und glaubte, auch er würde und lasse, weil er Gott verdankte, daß sie jetzt ihre Glückseligkeit mehr; sie zog ihren Augen mit unermesslicher Gabe, sie hätte ihn weilen lassen dürfen, immer höher hinauf bis auf unzugängliche Bergeshöhe, bis in den blauen Glanz des Paradieses, als ob sie auf einem abgelenkten Pfad ihr doppeltes Kreuz getragen hätte, ihr

„O, Pierre!“ stammelte sie, „Pierre, wie gut ist es doch, daß uns dieses große Glück zusammen, daß es uns miteinander zuteil ward! Ich hatte es so inbrünstig von ihr begehrt, und sie war gnädig, sie hat auch Sie gerettet, indem sie mich rettete! — O, ich habe gefühlt, wie sich Ihre Seele in meine Seele ergoß. Sagen Sie mir, daß unsere gegenseitigen Gebete erhört worden sind, daß ich Ihr Heil erwirkte, wie Sie das meinige bewirkt haben!“

Er begriff ihren Irrtum und zitterte.

„Wenn Sie wüßten,“ fuhr sie fort, „wie zum Tode betrübt ich wäre, wenn ich so ganz allein zum Licht aufsteigen müßte. O, wie schmerzhaft wäre es mir, ohne Sie erwählt zu sein, ohne Sie da hinaufzugehen! Aber mit Ihnen, Pierre, ist es ein Entzücken! — Gemeinsam gerettet und glücklich für immer! Ich fühle die Kraft in mir, glücklich zu werden. O, ich habe Kräfte, um die Welt in die Höhe zu heben!“

Er mußte ihr doch eine Antwort geben, und so lag er, weil er sich gegen den Gedanken auflehnte, diese erhabene reine Glückseligkeit zu trüben und zu verderben.

„Ja, ja! Seien Sie glücklich, Marie! Denn ich selbst bin sehr glücklich, und alle unsere Schmerzen sind ausgeglichen.“

Aber durch sein Wesen ging ein tiefer Reiz, als ob er plötzlich gefühlt hätte, wie ein roter Weißfisch sie voneinander trennte. In ihren bisherigen gemeinsamen Leiden war sie die kleine Freundin seiner Kindheit geblieben, das erste harmlos begehrt Weib, von dem er wußte, daß es stets ihm gehörte, weil es niemand angehören konnte. Nun war sie gefeilt, er blieb also allein in seiner Hölle und mußte sich sagen, daß sie nie mehr ihm gehören würde. Dieser jählings auftauchende Gedanke bestürzte ihn über, daß er die Augen abwandte. Er war in Verzweiflung darüber, daß das wunderbare Glück, über das sie frohlockte, ihm seine Leiden bereite.

Der Gesang setzte sich fort, und der Vater Marius sang, ohne etwas zu hören oder zu sehen, ganz dem glühenden Dankgefühl gegen Gott hingegeben, mit donnernder Stimme den letzten Vers derselben aus:

„Et ait locutus est ad patres nostros et Abraham semini in jacula.“

Noch eine Kampe war zu erklimmen und noch ein Kraftanstrengung zu machen, um über die glatten breiten Steinfliesen hin die Höhe des steilen Berges zu erreichen! Die Prozession stieg immerzu aufwärts und vollendete den Aufstieg bei vollem, hellem Tageslicht. Es kam die letzte Biegung, und die Köder des Wagens rasselten gegen die Granitsteinmauer. Immer höher, immer höher rollte er, er ließ an dem Rand des Gipfels

(Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Gegen reformistische Wirtschaftsdemokratie - für proletarischen Klassenkampf!

An allen Ecken brennt es. Die von Hindenburg gerettete Republik zittert in ihren Fugen. Nicht etwa, weil der Reichstag auf dem Sterbepfad liegt und trotz aller Wiederbelebungsbemühungen durch die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten dem Ende entgegengeht. Die kapitalistische Republik wird durchhaudt und erschüttert von Millionen Proletariern, die nicht länger hungern wollen, die nicht länger bei unmenschlich langer Arbeitszeit, bei Hundelöhnen darben und schließlich elend umkommen wollen. Er steht sich, der Meiste Proletariat und baut seine Häuser zum Widerstand und zum Kampf. Er hat überwunden die Jahre voller Zügelungen für die Republik und sein Dasein. Er hat erkannt, daß seine Lage sich nur bessern kann durch eigene Kraft, eigenen Kampf und Sieg.

Schon der Herbst 1927 warf seine Schatten auf das Kampfsjahr 1928. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier kam der Kampfsommer während ihres Kampfes die ungeheure Kraft des einheitslichen und geschlossenen Kampfes zum Vorschein.

Wochenlang haben ferner in beiden mit dem Kampf die Arbeiter gefehlt, und obwohl diese Kämpfe mit Niederlagen geendet haben, ist der Glaube an die Kraft und den Sieg der geeinigten Arbeiterklasse gemacht.

Indessen die Unternehmerrunde witterte Morgenluft. Ermöglicht durch die Niederlagenstrategie der Reformisten, gestützt auf die eigene kapitalistische Regierung und gestützt durch den internationalen Geldsack, kündigten sie schon an der Schwelle des Jahres 1928 den Generalangriff gegen die Arbeiterklasse an. Sie wandten sich zunächst gegen den Kern der Arbeiterklasse in Deutschland, die Metallarbeiter. Die kapitalistische Regierung eilte zu Hilfe, sie setzte die Schlichtungsmaschine in Bewegung und ersetzte den Widerstand der Metallarbeiter. Die reformistischen Gewerkschaftsführer verzichteten auf die Organisierung und Führung des Kampfes.

Es drohte weiter. In Mitteldeutschland standen 50 000 Metallarbeiterkolonnen fünf Wochen einheitslich geschlossen im Kampf. Sie ließen sich nicht beirren in ihrem Mut, ihrem Willen zum Kampf und zum Sieg, obwohl nicht nur die Unternehmer, sondern auch die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten alles taten, um den Widerstand zu brechen. Eine wüste Propagandakampagne begleitete den Geldentwurf. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, als auch die Provinzzeitung verbreiteten eine Flut von Beschimpfungen gegen die Leitung der Kämpfenden und gegen die in Opposition stehenden Kollegen. In konstruierten Funktionärskonferenzen wurden Entschuldigungen angenommen gegen die Kommunisten, die im Kampf standen und gegen die kommunistische Partei, die auf Seiten der kämpfenden Kollegen steht. Den Funktionären wurde mit Ausschluß gebroht, wenn sie die von den Kommunisten in den Gemeindeparlamenten im Interesse der Streikenden gestellten Forderungen unterstützen würden. Der heroische Kampf wurde von derselben staatlichen Schlichtungsmaschine beendet.

Die Reformisten sind auf diese Schlichtungsmaschine stolz. Sie hegeizeln in Artikeln das „Schlichtungsverfahren als eine Errungenschaft des gewerkschaftlichen Vorkampfes, auf die die freien Gewerkschaften stolz sind“. Sie erklären nach einem Schiedsspruch jedesmal, daß sie nicht weiter kämpfen dürfen, weil sie tariflos sind und hohe Konventionalkonflikte befürchten. Sie behaupten auch jetzt, wo neue gewaltige Wirtschaftskämpfe vor der Tür stehen, daß man nicht kämpfen könne, solange nicht die Arbeiter zu 100 Prozent organisiert sind.

Warum diese Ausreden, diese Ablehnung des Kampfes? Warum die Verherrlichung der Schlichtungsinstanzen, und warum die Dege gegen die Kommunisten??

Weil die reformistischen Führer der Gewerkschaften Teile der SPD sind, weil sie sowie ihre politische Partei die SPD für die Erhaltung und den Ausbau dieses kapitalistischen Staates sind.

Sie sind stolz auf „ihre“ Republik, auf die Republik von Hindenburg, dem kaiserlichen Generalfeldmarschall, auf die Republik der Bürgerblockregierung, der Siemens, Thyssen, Röhmern. Sie bewundern die Dawessonne und singen das Lied der Wirtschaftsdemokratie.

Aber wer für diesen Staat der Kapitalisten und Ausbeuter ist und für seine Erhaltung eintritt, muß gegen die Klasse der Ausbeuteten sein. Wer für den Geldsack eintritt, muß die Interessen der Hungerigen, der Armen mit Füßen treten. Wer eintritt für die Wirtschaftsdemokratie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, muß alles tun, um diese Wirtschaft vor Unruhe, Stößen und Erschütterungen zu bewahren, muß, mit einem klaren Wort gesagt, gegen den Klassenkampf sein.

Deshalb Verherrlichung der Schlichtungsmaschine, die den Kampf der Proleten abwürgt, die ihn durch langfristige Tarife auf lange Zeit in Not und Elend schleudert. Alles nur im Interesse der kapitalistischen Ruhe und Ordnung. Klassenkampf bedeutet für die Reformisten und Sozialdemokraten das Ende ihres Verrats, von dem sie leben, das Ende ihrer Ära, auf der sie sich halten, bedeutet Verzicht auf Futterkrüppel und Pfanden. Klassenkampf bedeutet Revolution, Abrechnung und Sieg der Arbeiterklasse über alle Feinde und ihre Helfer.

Schon hatten sich die Wolken am wirtschaftspolitischen Himmel. In Berlin stehen die Werkzeugmacher im Kampf. Die Unternehmer drohen mit Generalausperrung aller Metallarbeiterkolonnen. Das Arbeitszeitabkommen für den Bergbau ist zum 30. 4. 28 gekündigt. Auch in Oberschlesien sind die Tarife für Lohn und Arbeitszeit für die Metall- und weiterverarbeitende Industrie am 28. 2. zum 31. 3. gekündigt. Bei den Eisenbahnern wird der Kampf um mehr Lohn im Reichsmagistat vorbereitet.

Wie sind die Fronten dieser Kämpfe? Auf der einen Seite das brutale gut organisierte Unternehmertum mit seinem Machtapparat und der Bürgerblockregierung. Daneben Streikbrechergarden und die Reformisten mit ihrer „Ertrungsmaschine“ der Schlichtungsmaschine und dem Glauben an die Wirtschaftsdemokratie.

Auf der anderen Seite die verschiedenen Gruppen der organisierten und nichtorganisierten Arbeiterklasse mit ihrem Willen zum Kampf um ein menschenwürdiges Dasein. Die Arbeiterklasse, getragen vom Gedanken des Klassenkampfes. Sie lehnt ab die reformistischen Verschönerungen des proletarischen Klassenkampfes. Sie weiß, daß nur auf diesem Wege der Sieg verbürgt ist.

Die Arbeiterklasse kennt ihre Feinde. Sowohl die offenen als auch die versteckten. Sie muß aus den Betrieben und Gewerkschaften von unten heraus den Kampf organisieren, planmäßig vorbereiten. Die Kollegen und Kumpels müssen verlangen, daß der Kampf geschlossen und einheitlich auf der ganzen Linie vorbereitet und geführt wird. Die Vorbereitung eines solchen Kampfbündnisses ist die Einberufung eines Betriebsratetages aller freigewerkschaftlichen Betriebsräte des Bezirks Oberschlesien. Aufstellung und Propagierung einheitlicher Forderungen sowohl an Lohn wie an Arbeitszeit ist mit einer der Hauptbedingungen. Weitergehende Auffklärung der Kollegen in öffentlichen, Belegschafts- und Generalversammlungen. Regelmäßiger Beitritt in die freien Gewerkschaften. Alle Hände ans Werk, es geht um die Arbeiterklasse und ihr Recht. Alle Kräfte eingespannt in und für den Klassenkampf, gegen die Ausbeuter und ihre Wirtschaftsdemokratie!

248, wie es denn mit dem Antrag auf Unterfertigung stehe. Der Beamte frag ihn, warum er den Antrag stellte. Er erklärte ihm, der eine Woche. Was sagte ihm: „Eine Woche erst? Na, da müssen Sie sich noch gedulden, es geht nicht so schnell.“ Die Antragsteller werden von einem Beamten zum anderen herumgeschickt, manche abgelehnt, es wird also mit den Dilettanten Kollaterale gespielt. Ist es 12 Uhr und eine Anzahl Personen wartet noch auf Krankenscheine, so wird ihnen die Tür vor der Nase abgeschlossen. Man behandelt die Opfer der kapitalistischen Republik wie nichtgeliebte Menschen. Wir fragen öffentlich an, ob nicht bald Abhilfe geschaffen wird.

Oppeln

Parteiarbeiterkonferenz in Oppeln

In Anbetracht der bevorstehenden politischen und Wirtschaftskämpfe findet am Sonntag, dem 4. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungslokal in Oppeln, Krakauer Straße 82, eine Parteiarbeiterkonferenz statt. Es ist Pflicht eines jeden Kommunisten, der eine Funktion innerhalb oder außerhalb der Partei bekleidet oder bekleiden will, an dieser wichtigen Konferenz teilzunehmen. Vertreter der Zentrale der Partei, der Bezirksleitung und ein Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ aus Breslau sind anwesend.

Aus jeder Ortsgruppe bzw. Zelle muß ein verantwortlicher Genosse einen Bericht über dieselbe geben.

- Tagesordnung:**
1. Berichte der Ortsgruppen usw.
 2. Wirtschaftskämpfe - Streikstrategie - Aufgaben und Aufgaben der Partei. Referent: der Vertreter der Zentrale.
 3. Die Bedeutung und die Auswertung unserer Presse. Referent: Genosse Max Kubert, Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“.
- Nach dem 2. und 3. Punkt Diskussion.
- Jeder Teilnehmer an der Konferenz muß sein Mitgliedsbuch in Ordnung haben und dasselbe als Ausweis mitbringen. Für auswärtige Genossen ist ein KKB-Kamerad in Uniform als Begleiter von 8 bis 10 Uhr am Bahnhof. Zu der Konferenz sollen nach Möglichkeit die Ortsgruppen ihre Monats-Berichtsbogen sowie Terminalender mitbringen. Die Unterbezirksleitung.

Das Endergebnis der Betriebsrätewahl im RBD. Oppeln.

Das Endergebnis der Betriebsrätewahl der Eisenbahner hat sich wesentlich geändert. Es ist beim Rechnen eine Seite überschlagen worden. (Das Ergebnis von 1927 stimmt.)

Das genaue Ergebnis ist folgendes:

	Bez.-Betriebsrat	Hauptbetriebsrat
Einkaufsverband	1028	1028
SEB	2852	2852
AGB	1059	1053
Industrieverband	—	212
Ungültig	330	118

10 000 Mark zur Unterstützung des Mietwunders. Laut Presse- und Nachrichten gewährt der Landeshauptmann von Oberschlesien dem Verband der Hausbesitzer im Bezirk Oberschlesien einen Betrag von 10 000 Mark zur Errichtung ihrer Geschäftsstelle in Katowice. Also, die Organisation, die heute noch in Kriegsgewinn macht, und zwar auf einem Gebiete, das besonders die arme Bevölkerung bis ins Mark trifft, erhält zur weiteren Bekämpfung der Mieter, abgesehen von den Mietsummen, die aus den Mietern unermesslich herausgesaugt werden, noch einen Betrag in dieser enormen Höhe. Ob die Mieterorganisationen auf einen Antrag an den Landeshauptmann auch so großzügig unterstützt würden?

Mietersparverein Oppeln. Heute, Freitag, den 2. März, um 20 Uhr, findet in der Herberge zur Seimat eine Mieterversammlung statt, in welcher der Vorsitzende des Vereins, Herr Widor, über die Auswirkungen des neuen Mietkündigungsrechtes sprechen wird. Auch soll die Frage der Wohnungsnot in Oppeln einer näheren Aussprache unterzogen werden.

Verammlung der städtischen Arbeiter. Am Sonntag, dem 4. März, um 10 Uhr, findet bei Sipinna eine Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt. Tagesordnung: 1. Ruhestandsordnung. 2. Die Lohnverhandlungen. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen.

Ausstellung für Berufsberatung und Berufsschule. In der Zwingerstraße fand die Ausstellung für Berufsberatung und Eltern statt. Die verschiedensten Berufe mit ihren Produkten wurden gezeigt. Eine Anzahl Tabellen und Statistiken zeigen die Unzulänglichkeiten, wie sie in Wirklichkeit ausfallen, spürt jeder Arbeiter durch das Antreiberstystem am eigenen Leibe. Die ganze Ausstellung hatte nur den Zweck, für die verschiedenen kapitalistischen Firmen die Reklametrümmel zu schlagen und die Jungarbeiter von dem Spruch „Handwerk hat goldenen Boden“ zu überzeugen, damit stets genügend proletarischer Nachwuchs für den Kapitalismus geschaffen wird und eine stetige Proflutquelle erhalten bleibt.

Neustadt

Geraus zur Werbung. Sonntag, den 4. März, veranstaltet die Partei eine Werbung für die „Arbeiter-Zeitung“ und die „K.-Z.“ Alle Parteigenossen und KKB-Kameraden sind verpflichtet, daran teilzunehmen. Um 7.30 Uhr werden durch die Schalmelkapelle, um 10.30 Uhr unter dem Schloßplatz zum Werbemaßstab. 17 Uhr im Hofal Rippert öffentliche Frauenversammlung, Referentin Genossin Hoffstein. Für diese Veranstaltung ist besonders Propaganda zu machen, jeder bringe seine Frau mit.

Von den Freidenkern. Sonnabend 19.30 Uhr findet eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, wozu jeder Zutritt hat. Herr Frauhaber-Breslau wird einen Vortrag über die weltliche Schule halten. Freunde und Begner sind eingeladen.

Ost-Oberschlesien

Hier Jahre Buchhaus wegen Kindersterben. Um sich von den Alternativen zu befreien, beging der Arbeiter Joseph Kraenzler aus Niechallowitz an dem vier Monate alten unehelichen Kinde einen grausamen Mord, indem er in einem unbeobachteten Augenblick dem Kinde Salzsäure einflößte, so daß es unter den größten Qualen verstarb. Im Wiedernahmeverfahren wurden dem Angeklagten vier Jahre Zuchthaus zugesprochen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Hindenburg. Sonnabend 19 Uhr beim Pol-Deller engere Ortsleiterkonferenz.
 - Sonntag 10 Uhr bei Roth, Paulstraße, allgemeine Funktionärskonferenz.
- Sonstige Organisationen**
- Gleiwitz. Verband für Freidenkertum und Feuerbekämpfung. Sonnabend, 3. März, 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal zum „Gartenhärtle“, Bahnhofstraße 54. Gdte willkommen.
 - Deutscher Kate Gille. Sonntag 15 Uhr Generalversammlung im Neumann, Friedrich-Wilhelm-Ring, anschließend Mitgliederversammlung über Gille.

Gleiwitz

Deutschnationale Größenwahn. Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Gleiwitz, hatte für Montag, den 27. Februar, mit großem Platzen die Arbeiterklasse von Gleiwitz-Petersdorf zu einer öffentlichen Wahlversammlung aufgerufen, die sie im großen Saale von Böder abhalten wollte. Die Deutschnationalen hatten richtig spekuliert, denn der Andrang zu der Versammlung war so groß, daß dieselbe schlicht und einfach im kleinen Vereinszimmer stattfand.

Frau Sowal sprach über alles, nur nicht über das, was die Arbeiterklasse angeht, ihre größte Sorge war das vermalobete Polen mit seinem dem Deutschen geraubten Oberschlesien. Wie grausig die Insurgenten in der Wutzeit an der deutschen Bevölkerung gehandelt haben, das waren ihre dauernden Schlagworte. Unter anderem sagte sie auch, die Erkenntnis zwischen Deutschnationaler Volkspartei und der SPD sei ihr herzlichster Wunsch. Da auch eine Anzahl jugendlicher (K. Jotter) anwesend waren, schnitt sie auch die Jugendfrage an und sprach die Hoffnung aus, daß die heutige deutsche Jugend einmal ein starkes deutsches Heer werden möge. Zur Diskussion meldeten sich drei Personen, ein jugendlicher Indifferent, ein KJ-Genosse und ein Deutschnationaler.

Der Arbeiter, der zuerst sprach, hatte zwar nicht das Talent, zu mehreren Personen zu sprechen, aber man merkte es ihm an, daß er einer solchen Arbeiterpartei (wie sie Frau Sowal nannte) seine Meinung sagen wollte. Der zweite Diskussionsredner sprach im Namen des KJB und zeigte den Anwesenden die wahre Stellung auf, die die Deutschnationalen zu der Arbeiterklasse innehalten. Auch erinnerte er Frau Sowal, daß sie vergessen hätte, das für die Jugendlichen im Betracht kommende Schul- und Schmutzgesetz und viele andere Themen in ihrem Referat anzuschneiden.

Zu bemerken wäre noch, daß als unser Genosse sprach, sich drei Stahlhelmschützen vor die Tür stellten. Der dritte Redner bezog hauptsächlich nur gegen die Sowal und gab derselben zu ihrem Weiterbestehen eine Frist von 3 Jahren. Auch diesem Herrn gab unser Genosse beim zweiten Wortmelden die Antwort auf seine Fragen. — In Zusammenhang war noch, daß bei den höchsten 30 anwesenden Personen vor dem Lokal acht Schupo-Beamte und zwei Kriminalbeamte standen. Die Deutschnationalen haben angefangen mit Wahlveranstaltungen! Hoffentlich haben sie noch nicht die verfaulten Eier bei den letzten Wahlen vergessen.

Hindenburg

Seine Kräfte hat der andere nicht die Augen aus. Der Geschäftsführer des Arbeitsamtes in Hindenburg, Oberinspektor Thomys, ist bei den Erwerbslosen längst als rächtschloßer Antreiber bekannt. Von sozialem Verständnis hat er so viel Ahnung, wie der Blinde von der Farbe. Die Erwerbslosen haben in einer Entschliebung gefordert, daß Thomys von seinem Amte abberufen werden soll. Die Entschliebung ist von dem Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises, dem Magistratsmitglied und Sozialdemokraten Lorek, durch folgenden Brief beantwortet worden:

Hindenburg OS. Hindenburg OS., den 16. Februar 1928. Die Resolution vom 14. Februar 1928 betr. Entfremdung des Geschäftsführers des Arbeitsamtes, Oberinspektor Thomys, enthält jeglicher Begründung. Abgesehen davon, daß der Erwerbslosen-

vertretung (eine an sich ungelegliche Einrichtung) ein Einfluß auf die Stellenbesetzung des Arbeitsamtes nicht zusteht, wäre auch die als Privatentwurf anzusehende Resolution zunächst unbeachtlich, da es zur Amtsenthebung eines Beamten doch eines strafbaren Verstoßes gegen gesetzliche Bestimmungen unzweifelhaft bedarf. Ein entschiedenes und energisches Auftreten unbeherrschbaren, aufdringlichen und ausfälligen Personen gegenüber kann nicht selbstein als Schilane bezeichnet werden. Ebenso wenig kann einem solchen Beamten das soziale Verständnis für die ihm anvertrauten Bürger abgesprochen werden.

Ohne genaue Ausführung von Einzelfällen, eingehend begründet, bin ich nicht in der Lage, gegen Herrn Oberinspektor Thomys etwas zu unternehmen. Hingegen wäre es sehr erwünscht, wenn die sogenannte Erwerbslosenvertretung ihren Einfluß dahin geltend machen würde, daß das Auftreten der Erwerbslosen ihrerseits eine Abwehr der sehr überfasteten Beamten und Angestellten des Arbeitsamtes erzieligen würde.

Der Vorsitzende
I. B. gez. Lorek

Herrn Stadtverordneten
Hartmann
als Vertreter der Erwerbslosen
Hindenburg OS.

Nach dem Inhalt des Briefes und nach der Meinung eines Sozialdemokraten sind die Erwerbslosen unbeherrschbare, aufdringliche und ausfällige Personen, gegen die man entschieden und energisch auftreten muß.

An sich ist ja die Meinung der Sozialdemokraten über die Arbeiterklasse in dieser Form nichts neues. In dem Augenblick, wo man wohlbestallter und gutbezahlter Bonze ist, sind die übrigen Arbeiter aufdringlich und dgl mehr. Es liegt in der Linie dieses Sozialdemokraten, daß er der Erwerbslosenvertretung zumutet, Mittel- dienste für die reaktionäre Verwaltung zu leisten. Dorek steht als Sozialdemokrat neben Thomys und gegen die Arbeiterklasse. Er ist nicht so energisch wie Thomys, aber er ist in seiner Beurteilung über die Erwerbslosen noch viel weiter wie Thomys. Die Erwerbslosen und die gesamte Arbeiterklasse werden sich diesen Fall merken und als „aufdringliche“ Personen dem „bescheidenen“ Lorek und Thomys bei gegebener Zeit die Dultung geben.

Ratibor

„Grüne Bode“. Mit großem Getöse und vieler Klänge wird die sogenannte „Grüne Bode“ ausgezogen, die nur den Zweck hat, für den großagrarischen Landbund neue Bauern einzusaugen und sie als Preisbiid gegen die Regierung unter der Deulke „Hilfe für die notleidende Landwirtschaft“ zu mißbrauchen und nachher die Millionen-geschenke in der eigenen Tasche verschwinden zu lassen. Wertvolle Bauern, laßt euch nicht einsaugen von den Interessen der profitgierigen Gutsherrn und Großagrarier. Kämpft für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Standhafte Jurände auf dem Hofschaftrakt. Ein Arbeiter schreibt uns: Die Herren auf dem Hofschaftrakt sind bei Bewilligung von Anträgen sehr langsam. Ein Arbeiter frag den Beamten

Gewerkschafts'haus - Lichtspiele

Heut Freitag, **letzter Tag**
noch 2 Vorstellungen
5 und 8 Uhr

Das größte Deutsche Lustspiel
Die Hose

Der Skandal in der Kleinstadt
Kultur-Programm:
„Schlesien“

Für Jugend verboten
Erwerbslose bis 5 Uhr 25 Pf., sonst Einheitspl. 50 Pf.
Arbeiter-Port-Kartell

Schauspie'haus

Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 38800

Täglich 20 Uhr

„Der Zarewitsch“

Sonntag

nachm. 15 1/2 Uhr

„Gräfin Mar'za“

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)

Donnerstag, 1. März, 20 Uhr
Monnemens-Vorstellung Serie E 14
Die lustigen Weiber von Windsor
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 14
Das Wunder der Peliane
Sonnabend, 19 Uhr
Zanahäuser
Sonntag, 11 Uhr
Geschlossene Vorstellung
(Rein Kartenerwerb)
Sonntag, 20 Uhr
Madame Butterfly

Fahrradhaus Eximius
Reuschestrasse 28



(im Hause Brauerei zum großen Meerschiff)
Riesenauswahl moderner Räder
u. Rahmen in allen Preislagen!
Rennfahrer-Artikel: Samml. Zubehör
Fachm. geleitete Reparatur-Werkstat.
Teilzahl. ung. Beschl. om. e Kaufzwang erbeten
Gehr. Räder werden in Zahlung genommen!

Musikhaus „Odertor“

Vinzenzstr. 59, Ecke Elbingerstr.
Separate Vorspielräume
Sprechapparate u. Schallplatten
sow. Musikinstrumente aller Art
billigst in großer Auswahl
bei bequemer Teilzahlung

Weltkrieg
ZWEITER TEIL
des deutschen Weltkriegsfilms
ab 2. März
im
Tautenzien-Theater



Beachten Sie unsere Schaufenster

95-8
Fingerring
Lonsdorf

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Sonnabend, den 3. 3.
20 Uhr
Gastspiel Käthe Dorsch
mit eigenem Ensemble
„Das Unerreichbare“
Sonntag, den 4. 3.
15 1/2 Uhr
In kleinen Preisen
„Spiel im Schloss“
abends 20 Uhr
Gastspiel Käthe Dorsch
mit eigenem Ensemble
„Das Unerreichbare“
Montag, 5. 3. 28. 20 Uhr
Gastspiel Käthe Dorsch
mit eigenem Ensemble
„Rose Bernd“

Thalia-Theater
Von Sonnab., d. 3. 3. bis
Freitag, den 11. 3.
täglich 20 Uhr
„Das Kamel geht durch
das Nadelöhr“
Sonntag, d. 4. 3.
15 1/2 Uhr
In kleinen Preisen
„Das Kamel geht durch
das Nadelöhr“

Stammrechnung von Breslau

Im März 1923 sind an die Städtischen Steuerstellen zu entrichten:

1. Bis zum 6. März: Schlüssel für März
2. Bis zum 15. März:
 - a) Staatliche Grundvermögenssteuer für März in bisheriger Höhe
 - b) Gemeinderücklagen zur staatlichen Grundvermögenssteuer für März mit 25 v. H. der staatlichen Grundvermögenssteuer
 - c) Hauszinssteuer für März mit 1200 v. H. der staatlichen Grundvermögenssteuer für diejenigen Grundstücke, die bisher zu 1000 v. H. der staatlichen Grundvermögenssteuer veranlagt waren, für die übrigen Grundstücke in bisheriger Höhe
 - d) Kanalgebühr für März in Höhe des aus dem Veranlagungsbescheid ersichtlichen B. trages.
 - e) Müllabfuhrgebühr für März in bisheriger Höhe

Die Vorauszahlungen zu 2 e. werden bei der späteren Veranlagung angerechnet.

Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen (10 v. H.) zu entrichten. Im Falle der Mahnung und der Zwangsverfügung treten hierzu noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.

Breslau, den 29. Februar 1923
Städtische Hauptsteuerkaffe.

Wilhelm Ludwig
Breslau, Mariannenstraße 2
Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße
Mehl-Consum

Oskar Schlesinger
Markthalle Ritterplatz
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Stand 25/26

Gegen Husten und Heisekeit
„Radicentrosi“
Beutel 30 Pfg.
Hermann Leckelt, Breslau
Gottschalstrasse 17 a

Fahrradhaus „Frisch-Auf“
Bundesgeschäft des Arb.-Radf.-Bund. „Solidarität“
Fahrräder - Nähmaschinen
Sprechapparate - Wringmaschinen
sämtliche Zubehör
Reichhaltiges Lager. Eigene Reparatur-Werkstatt
Breslau, Nikolaistrasse 16/17

Sie erhalten 1 Auto
viel länger betriebsfähig, wenn dasselbe oft gereinigt wird. Die dazu nötigen Bürsten, Leder, Schwämme usw. kaufen Sie in unserem Geschäftslokal
auf der Oderstrasse
ebenso billig, wie alle Arten Haushaltbürsten, Besen, Pinsel, Kämme, Scheuertücher, Fußmatten, Staubwedel.
Wir erwarten Ihren Besuch
London & Co. Oderstraße 5
G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring

Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei - See-Import
Waren-Versandhaus und Weingroßhdlg.
Breslau 1, Albrechtstraße 56

Heute biete ich als ganz besonders billig an:
1 a geröstete Hühner je Pfund RM. 0,68
Prima frische Büdinge je Pfund RM. 0,24
1 a geröstete frische Spalten je Pfund RM. 0,42
Bon

Sardinen in Öl
Biete ich an die Dose zu 0,28, 0,45, 0,55, 0,75 bis RM. 1,75
Besonders erwähne ich die neu hereingekommene Marke „Namenlos“ mit Schlüssel, Inhalt 6 Fische und löstet
1 Dose RM. 0,55, 5 Dosen RM. 2,70, 10 Dosen RM. 5,30
Auch sind die portugiesischen Oelfischarten in Dosen zu ca. 1 kilo wieder eingetroffen, die ich wieder auf Wunsch auseinzelte, und zwar lösen dieselben:
3 Stück 20 Pfg., 10 Stück 60 Pfg.,
die Dose, ca. 45-50 Stück RM. 2,05

Lebshühner
in bekannt vorzüglicher Qualität
3/4 Pf. 25 Pfg., das ganze Pf. 90 Pfg.
sind wieder für den Verkauf bereitgestellt.
Bon

Käse-Sorten
Biete an:
Schweizer Käse, prachtvolle Qualität, zart und mild je Pf. RM. 1,50
Edamer Käse, mild und festig je Pf. RM. 0,90
Emsburger, Käse je Pf. RM. 0,50
Duisburger Käse, Delikatess je Pf. RM. 1,20
Weißkäse, sehr wohlschmeckend je Pf. RM. 1,10
Gabelberger in 1-Pfd.-Kartons je Pf. RM. 0,45
und als ganz besonders billig
Ondrat-Käse (Ziegenkäse)
je Pf. nur RM. 0,34, 5 Pf. RM. 1,60, 10 Pf. RM. 3,-
Bon

Wurstwaren
erwähne ich als sehr vorteilhaft:
Ganswurst je Pf. RM. 0,90
Leberwurst mit Fettwürsten je Pf. RM. 0,90
Leberwurst je Pf. 2,20
Alle anderen Wurst- und Aufschnittwaren in reicher Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Neu eingetroffen!
Trüffel-Beimahl
schöner Frühlingsspeise, den ich unbedingt zu probieren bitte. 68 Kopfr:
1 Kiste RM. 0,18, 10 Kisten RM. 0,90, 25 Kisten RM. 2,10
und 50 Kisten RM. 4,-
Verkauf und Versand nur Albrechtstr. 56

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	.. Pf. 0,75-0,80
Schweinehälften	.. 1,20
Schweine-Katlett	.. Pf. 1,10
Katlett u. Knoch. Pf. von 1,- an	
Suppenfleisch	.. 0,60
Katlett u. Knoch.	.. 1,00-1,20
Katlett u. Knoch.	.. 1,20-1,50
Katlett u. Knoch.	.. 1,10-1,20
Katlett u. Knoch.	.. 0,90-1,00
Frische Schweinehälften	.. Pf. 0,40
Frischer Speck	.. 0,90
Lungenfleisch	.. 0,75
Ausgebr. Schweinefleisch (deutsch)	.. 0,90
Gelbschmalz	.. Pf. von 0,80 an
Gelbschmalz	.. 0,80
Käsebutter (deutsch)	.. Pf. 1,-
Geocht. u. rox. Schmalz 1/2 Pf.	.. 0,45
Lebshühner	.. 1/2 .. 0,45
Hühner u. Wachteln	.. 1/4 .. 0,25
Leberwurst, Braunschweiger 1/2	.. 0,25
Leberwurst, Preussener	
und Knoblauchwurst Pf. von 0,60 an	
Polnische	.. Pf. 0,80-1,-
frischer Aufschnitt	.. 1/2 Pf. 0,40

Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Wollstrasse 13 / Fernspr. 2. 2669

Bäckerei / Konditorei / Bestellgeschäft
mit elektrischem Betrieb
Georg Zorowka, Breslau, Veststr. 5

Dampfbäckerei
Franz Skorsetz
Breslau 2, Lobestrasse 55
Ecke Sedlastrasse
Telephon Stephan 3 465

Vollkornbrot / ärztlich empfohlen
B. Ulrich's Bäckerei, Weidenstraße 26

Reite
„Serge Kital, Leuzownd, Aermelfalter und Koffhaare sehr billig. Mattelie Peter 2 RM, Garn 1000 Meter 25-30 Pf., Mato-Schnurtenkel 100 Paar 2,- bis 3,- RM, Knöpfe Dgd. 3 bis 10 Pf., Kesselfe Riegel 13 Pf., 1 Dose Gedal Pf., 15-20 Pf.
Alles prima Ware
Bestell nur Express
Bertold Lipperi
Breslau
Feldstrasse 18
Käthe-Str. 17
Wolfgangstrasse 13

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Alfred Hainsch
Striegau, Jauerstraße 25

Bäckerei und Konditorei
Karl Puschmann
Weißstein, Hauptstraße 62

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Alois Henschel & Co.
Milk-Großhandlung u. Molkerieprodukte
Brunnenstraße 34 / Tel. Stephan 30785

Radio
Anlagen und
Grammophone
in allen Preislagen - Streng reelle und sachmännische Bedienung
Kostenlose Vorführung aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der
Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.
STREHLER
Paul-Ehrlichstraße 14 (N. he Ring)

Zur Konfirmation!
Kleiderstoffe, sowie Leinen, Bezüge und Bettfedern
Hermann Prox
Inhaber Max Franz
Lauban Markt 21

Wilhelm Froehlich
Gegr. 1888
Leinen-Baumwollwaren - Bettfedern
Telef.: 295
Lauban Markt 21

Strehlen
Kolonialwaren billigt!
WEINSTUBE
täglich geöffnet!
F. Skupin
Strehlen - Ring 4

Eine furchtbare Bergwerkskatastrophe

15 Tote, 35 Verletzte

Auf der Zeche „Ewald Fortsetzung“ in Erden- schmid bei Neudorf ereignete sich heute morgen gegen 6 Uhr ein schweres Unglück. Zwei Förderkörbe stürzten infolge Seilbruchs in die Tiefe. Nach den vorläufigen Feststellungen waren die beiden Förderkörbe mit insgesamt 48 Mann besetzt. Davon sind 15 Mann tot, die übrigen mehr oder minder schwer verletzt.

Der amtliche Bericht über das Grubenunglück lautet: Heute morgen gegen 6 Uhr ging zu Beginn der Seilfahrt im Schacht I der Zeche „Ewald Fortsetzung“ wahrscheinlich infolge Versagens des Laufzeigers der westliche ausgehende Förderkorb unter die Seilscheibe. Der östliche niedergehende Förderkorb wurde in die Verjüngung der Schachtpurllatten im Schachtlumpf gekaucht. Nach vorläufigen Feststellungen waren die beiden Förderkörbe mit insgesamt 48 Mann besetzt. Davon sind 15 Mann tot. Diese sind geborgen. Die übrigen 35 Mann, soweit schwer oder leicht verletzt, sind dem Krankenhaus zugeführt worden. Die bergbehördliche Untersuchung ist eingeleitet. Bei einigen Verletzten ist der Zustand sehr bedenklich, so daß sich die Zahl der Toten noch erhöhen dürfte. Die Toten und Verletzten weisen Schädelschläge und Knochenbrüche sowie innere Quetschungen auf. Die Toten sind auf der Zeche aufgebahrt. Das Unglück ist wahrscheinlich infolge Versagens des Laufzeigers erfolgt.

15 Mann gearbeitet, jetzt nur noch neun Mann. Der Schreiber Fröhlich (von den Defen 13/16) versucht auf seine Weise, dabei zu profitieren, indem er öfters 100 Liter Alkohol für die dortigen Profeten bestellt und sie in seiner Wohnung verkauft. Mit diesem Opium versucht man die Arbeiter über die trostlose Lage hinwegzutäuschen. Vor kurzem veranstalteten die Osenarbeiter ein Faschings- vergnügen, wo auch der Meister Wollschläger zugegen war. Der Meister wurde hochgehoben. Ein vernünftiger Arbeiter sagte dazu: „Heute laßt ihr ihn hochleben und morgen werdet ihr bei der Arbeit desto mehr gedrückt.“ Arbeiter, erkennt, daß ihr damit eure Lage nicht verbessern könnt, sondern kämpft gemeinsam mit der kommunistischen Partei!

Starke-Hoffmann-Werke in Hirschberg

Was sich ein ehemaliger Hauptmann jetzt bei dieser Firma als technischer Leiter erlaubt, sollte man nicht für möglich halten. Er glaubt, die Arbeiter mit denselben Mittel wie die Rekruten früherer Zeit behandeln zu müssen. Maschinenmeister Leopold, der sechs- und zwanzig Jahre (!) bei der Firma beschäftigt war, wurde kurzerhand aus dem Betriebe entfernt. Damit nicht genug! Da er Werkswohnung innehat, wurde seine Familie durch die Polizei auf die Straße gesetzt und die Möbel in einem Schuppen untergebracht. Diese Rücksichtslosigkeit mußte die Frau noch selbst bezahlen. Sein Nachfolger sollte die Werkswohnung beziehen, verzichtete aber

mit der Begründung, daß er nicht wisse, ob es ihm besser gehen würde als seinem Vorgänger. Also die Wohnung steht leer und die hinausgeworfene Familie muß warten, bis es den städtischen Behörden einfallen wird, eine Wohnung zuzuwelsen.

Oppositionelle Anträge vom Bürgerblock verboten

Unüberbleibbares Terrorregiment im Reichstag

(Eig. Drahtber.) Berlin, 1. März.

In einigen Sitzungen des Jugendpflegeausschusses wurde der Einspruch des Reichsrats gegen einige Bestimmungen des Luftkutschgesetzes beraten. Der Bürgerblock verlangte, daß nur über die vom Reichsrat beanstandeten Stellen diskutiert werden dürfe. Kommunisten, Sozialdemokraten und teilweise auch Demokraten erhoben Protest. Als der Bürgerblock seinen Willen in der letzten Sitzung durchsetzen wollte, erklärte Genosse Rosenbaum, daß die Kommunisten diese Komödie einer „Beratung“ des Luftkutschgesetzes nicht mehr mitmachen und deshalb an den weiteren Verhandlungen nicht teilnehmen würden. Die SPD schloß sich an und verließ ebenfalls die Sitzung.

In der Sitzung vom 1. März erreichte die Bürgerblockdiktatur im Jugendausschuß ihren Höhepunkt. Auf Antrag Mümmers und anderer Mader beschloß die Bürgerblockmehrheit, daß die Opposition nicht das Recht habe, Anträge zu stellen. Lediglich ein Antrag der Maderpartei stünde zur Beratung. Genosse Rosenbaum stellte den Bürgerblock vor die Frage, ob er solche Anträge zulassen würde, die auf die Forderungen des Reichsrats Bezug hätten. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Volksparteiler Bieders, berief seinen Beruf Hofrat an, lehnte es ersprechend dem Bürgerblockbeschlusse ab, Anträge der Opposition entgegenzunehmen. Trotz dreimaliger Wortmeldung erteilte der Vorsitzende dem kommunistischen Vertreter nicht das Wort. Schließlich erhält Genosse Rosenbaum das Wort zu einer Erklärung, in der er ausführte, daß die Kommunisten an solchen Beratungen nicht mehr teilnehmen würden. Gleichzeitig verließen Sozialdemokraten und Demokraten die Sitzung.

Kommunistische Interpellation im Reichstag

Berlin, 2. März. (Eig. Drahtber.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Wiederum hat die kapitalistische Profitpolitik der Kohlenbarone ein großes Grubenunglück herbeigeführt. Nach vorläufigen Mitteilungen sind auf der Zeche „Ewald“ bei Erden Schmid 47 Bergarbeiter, davon 14 tödlich, verunglückt.“

Die Häufung der Unglücksfälle im Bergbau beweist, daß die kapitalistische Nationalisierung ein derartiges Scheitern geschaffen hat, daß wichtige Vorsichtsmaßnahmen nicht mehr eingehalten werden.

Wie bei einer Reihe ähnlicher Unfälle liegen die Ursachen dieser Ereignisse im Versagen der Förderanlagen. Dies beweist, daß die notwendige Prüfung und Erneuerung der Grubenanlagen infolge der Profitgier der Bergkapitalisten in vielen Fällen unterbleibt.

Ist die Regierung bereit,

1. endlich wirksame Maßnahmen zum Schutze der ausgebeuteten Bergarbeiter zu treffen und die bergbaulichen Schutzbestimmungen zur Erhöhung der Grubensicherheit zu verschärfen?
2. den Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Betriebsräten die Möglichkeit der uneingeschränkten Grubenkontrolle zu sichern?
3. den Familien der Verunglückten sofortige ausreichende Unterstützung zu gewähren?

Stoeker, Florin, Jadasch und Genossen.“

Aus den Betrieben

Eine wichtige Entscheidung

Die Belegschaft der Preußengrube (Oberschlesien) nahm folgende Entscheidung an:

Die in Michowitz tagende Belegschaftsversammlung der Preußengrube nimmt Stellung zur wirtschaftlichen Lage und den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen. Die Belegschaft stellt fest, daß im März und April viele Tarifverträge ablaufen. Dabei handelt es sich meistens um Kollegen in der Großindustrie. Obgleich die Unternehmer im vergangenen Jahre Riesengewinne erzielt haben, weigern sie sich, auch die kleinsten Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen. Sie rufen vielmehr zum entscheidenden Schlage gegen die Arbeiterschaft.

Angeichts dieser Lage und der Not der Arbeiterschaft muß dieselbe, geführt durch die Organisationen, zum Abwehrkampf schreiten. Sie muß sich für die kommenden Kämpfe um mehr Lohn und achtstündige Arbeitszeit schnellstens vorbereiten.

Die Belegschaft steht auf dem Standpunkt, daß die nächsten Schritte sind: Kündigung aller Tarife möglichst zum gleichen Zeitpunkt; Mobilisierung der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit; Stellung gleichmäßiger Forderungen im Reichsmarkttabe; Einberufung einer Betriebsrätekonferenz vom ADGB; Schließung eines Bündnisses mit allen Gruppen. Die Belegschaft ist der Meinung, daß eine Zusammenkunft der Betriebsräte dazu beiträgt, geschlossenen vorzugehen, um die Macht der Unternehmer zu brechen. Den Kollegen in Oberschlesien ruft sie zu: Reicht euch ein in die Organisation, in die Einheitsfront der Arbeiter! Rüstet zum entscheidenden Kampfe!

Das Neueste aus den Mania-Werken Hatibor

Der Meister Wollschläger versteht es ausgezeichnet, die Nationalisierung auf Kosten der Arbeiter durchzuführen. Bei den Defen 13/16 haben in der ersten und zweiten Schicht früher zusammen

Aus aller Welt

Rotweintrinken ist Abtreibung

Besch. sonderbare Blüten der § 218 in der Praxis treibt, daß folgt folgender Strafbefehl, den eine Chemikerin Arbeiterin erhielt:

Strafbefehl.

Sie werden beschuldigt, in Chemnitz den Entschluß, Ihre Frucht durch Abtreibung zu töten, durch Handlungen betätigt zu haben, die einen Anfang der Ausführung des beabsichtigten Vergehens enthalten, insofern Sie in der Annahme, schwanger zu sein, Rotwein tranken, um dadurch Ihre Frucht abzutreiben. Vergehen nach § 218, Absatz 1, Punkt 3, § 43 StGB.

Dafür erhielt die Arbeiterin eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen!

Als Beweis wird das „eigene Geständnis“ vor Gericht angegeben. Es handelt sich hier zweifellos um einen der vielen Fälle, wo im Bekanntheitskreis über die intimsten Verhältnisse gesprochen worden ist und sich dann ein „lieber Freund“ oder eine „liebe Freundin“ findet, die aus Gehässigkeit oder Rachsucht ihre Mitmenschen denunzieren. Vor Gericht geladen, glauben dann die mit den Geheimnissen

der Schwarzkutten nicht vertrauten Proletarier, daß sie nun alles erzählen müssen. Es sei deshalb noch mal besonders darauf hingewiesen, daß auch die Zeugen (um sich vor Weibeld zu schützen) die Aussagen verweigern können, wenn sie sich selbst durch ihre Aussagen strafbar machen. In solchen Fällen muß dann das Gericht „wegen Verdachts der Mittertäuschung“ die Verurteilung aussetzen.

Am obigen Beispiel erkennt man, wie eine Beschuldigte sich eine Strafe holen kann, wenn sie vor Gericht erklärt, daß sie Rotwein getrunken hat. Nun liegt zwar ein ärztliches Attest vor, daß sie nicht schwanger war. Aber die Tatsache des Trinkens von Rotwein ist für das Gericht „Beweis“ genug, darin den „Anfang der Ausführung des beabsichtigten Vergehens“ zu erblicken.

Hier handelt es sich um eine Proletarierin. Tausende mitleidige Vergehen der Bourgeoisidämchen gegen den Paragraphen 218 bleiben straflos, weil die Bourgeoisie Ärzte, Wäber, Sanatorien und alles für sich zur Verfügung hat. Oder wird man künftig alle Dämchen und Damen, die im Katscher und in den übrigen Weinkellern Rotwein trinken, mit einem Strafbefehl von zwei Wochen Gefängnis bestrafen?

Ein Opfer der Damesbahn-Schandwirtschaft

München, 1. März. Der Lokomotivführer Ludwig Baumeister stürzte beim Einfahren einer elektrischen Lokomotive in den Münchener Hauptbahnhof von der Maschine ab. Die Lokomotive durchdrang die rückwärtige Mauer, überquerte ohne Gleis die Drehbühne, riß eine weitere Mauer ein und kam in einem Raum zum Stehen, in dem zwei Schlosser anwesend waren, die schwer verletzt wurden. Der verunglückte Lokomotivführer ist nach dem Unfall gestorben.

Schuld an dem furchtbaren Unfall ist die aus Ersparnisgründen ergangene Verfügung, daß bei der Fahrt vom Bahnhof zur Halle die Lokomotive nur allein vom Lokomotivführer zu bedienen ist.

Kinderleiche per Post nach Fellhammer verschickt

Die unbemerkte nächtliche Geburt.

Eine 19 Jahre alte Hausangestellte war vor einem halben Jahre aus Fellhammer nach Berlin gekommen und hatte bei einer Familie im Westen der Stadt eine Stellung angetreten.

Schon bald fiel der Hausfrau das körperliche Aussehen des Mädchens auf, als sie es aber befragte, erklärte das Mädchen, daß ihm nichts fehle. Die Vorbereitungen für die Hochzeit der Tochter des Hauses brachten es mit sich, daß die neue Hausangestellte nachmittags und abends öfter allein in der Wohnung war. Am vergangenen Freitag lief nun aus Fellhammer bei der Mordinspektion im Polizeipräsidium eine eigenartige Mitteilung ein.

Ein Ehepaar in Fellhammer hatte aus Berlin ein Paket erhalten, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Ein Begleitbrief war aber nicht bei der Sendung. Die Ortsbehörde fragte nun in Berlin an, ob man die kleine Leiche zur Sektion und Feststellung der Todesursache nach Berlin senden solle.

Es wurde darauf der Bescheid erteilt, daß man die Obduktion in Fellhammer vornehmen solle; die Nachforschungen nach der Mutter wurden in Berlin aufgenommen. Das Mädchen, das bald gefunden war, erklärte nun, daß sie eines Morgens aus tiefem Schlaf aufgewacht sei und das während der Nacht geborene Kind tot vorgefunden habe. Sie setzte sich mit ihrer in der Nachbarschaft wohnenden Schwester in Verbindung, und beide Mädchen beschloßen, die kleine Leiche den Eltern zuzuschicken, da sie nicht wußten, was sie damit beginnen sollten.

Das Neugeborene vorsätzlich getötet zu haben, bestreitet das Mädchen, sie will von dem ganzen Vorgang nichts gemerkt haben. Das scheint der Wahrheit zu entsprechen, denn die Untersuchung durch einen Arzt ergab, daß das Mädchen sich eines vorzüglichsten Gesundheitszustandes erfreut und daß eine Ueberführung in ein Krankenhaus nicht notwendig ist.

Zubloff geprügelt.

Gestern erschien, wie die „B.Z.“ am Mittwoch meldet, im Hertuleshotel in Abwesenheit Alexander Zubloffs ein Gerichtsvollzieher und verpackte dort eine Anzahl Kleidungsstücke und andere Gegenstände, die Zubloff gehörten. Es handelt sich um eine Forderung in Höhe von 3000 Mark, die der Vater des durch Zubloff verletzten Pagen aus der Casanova-Bar als Schmerzensgeld und Schadenersatz geltend gemacht hat. — Die Vermögensverhältnisse der „hohen Gatten“ sollen durch Wechselschulden, an denen der edle Gemahl Anteil hat, stark gelitten haben. Die Schwester Wilhelms beabsichtigt, sich nunmehr von Zubloff scheiden zu lassen. Neuer bezahlte kurze Ehefreuden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Komarovsk, für „Vertrieb und Verkauf“ und „Baldenburg“ Wilhelm Hübner, für „Breslau“, „Griß“ und die übrigen Reichsteile Alfred Komarski, sämtlich in Breslau. — Für den obersteilischen Teil Fritz Zandorf, WdL, Gleiwitz. Für Interate W. Gerber-Breslau.

Eine Weltreise für alle Leser der „Arbeiter-Zeitung“.

Wer möchte nicht erfahren, wie die weite Welt mit all den Wundern der Natur aussieht und wie die Menschen darauf leben. Aber zum Reisen gehört Zeit und Geld. Soll darum der Mensch, die fremden Länder und Völker kennen zu lernen, für weite Kreise auf immer unerfüllbar bleiben? — Nein! Reisende und Künstler sind deshalb hinausgegangen, tief in die entlegensten Länder hinein, um uns in Wort und Bild von dem zu berichten, was

schön und sehenswert ist. Sie werden mit uns von Land zu Land, von Ort zu Ort reisen. Wir versprechen unseren Lesern genugsame Stunden und wollen ihnen ein freundlicher, aufmerksamer Führer sein. Trete jeder mit uns getrotzt die Weltreise an und lerne durch unsere Zeitschrift „Durch alle Welt“ die Pracht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Menschentassen ohne Reisebeschwerden, teure Ausstattungen u. Reisegebelde kennen. —

Zu einer Reise gehört aber auch eine allgemeine Orientierung über Länder, Städte, Gebirge, Ströme, Seen, die besucht werden. Es erhalten daher alle Abonnenten in Lieferungen

einen großen Handatlas gratis!

Sobald Sie den angefügten Anmeldebogen ausgefüllt und eingeklebt haben, wird die Reise angetreten.

Anmeldebogen

für die Leser d. „Arbeiter-Zeitung“ in die Exped. „Durch alle Welt“ Berlin-Schöneberg K 27

Ich abonniere hiermit „Durch alle Welt“ auf 1/2 Jahr, jede Woche ein Heft für 30 Pfg. frei ins Haus.

Name: _____
Ort u. Str.: _____

Zum Internationalen Frauentag

Klara Zetkin ruft die Frauen!

Die schaffenden Frauen Deutschlands müssen am Internationalen Frauentag, dem 8. März, Abrechnung halten mit der bürgerlichen Welt.

Unvergleichlicher denn je werden die wertvollen Frauen ausgebeutet und entrechtet. Die Nationalisierung in Wir-



Geossha Krupskaja mit Kongressdelegierten.

tschaft, Gemeinde und Staat wird auf ihre Kosten durchgeführt, wie auf Kosten ihrer Väter, Söhne und Brüder. Sie bringt den Arbeiterinnen und ihren Schwägern im Büro und Laden Überanstrengung und Ausbeutung der Muskeln und Nervenkraft auf das äußerste, Hungerentlohnung, unerhörte Antreiberbeide, manchen auch Entlassung und Vorurteile. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt Fennelpennige, und die Sätze für die Arbeiterinnen wurden ebendies noch abgebaut. Die gesetzlichen Bestimmungen für die Beschäftigten vor und nach der Niederkunft sind ein Schicksalsspiel vor, denn es fehlt

die wichtigste Grundlage: die Sicherstellung für die Schwangere und die Wöchnerin. Die Schwangere und stillende Mutter kann jederzeit vom Unternehmer schutzlos auf das Messer geworfen werden, wenn kein Profit oder keine Raune das verlangt. Die sozialen Fürsorgeanstalten und Fürsorgeeinrichtungen zugunsten der Mutterschaft, der Säuglinge und Kleinkinder sind dem Umfange nach ungenügend, und ihre Leistungen fordern oft genau härteste Kritik heraus.

Yhrer Geld- und Machtgelüste tritt die deutsche Bourgeoisie die Kulturentwicklung mit Füßen. Sie liefert die Volkschule der Verfassung aus, das heranwachsende Geschlecht soll als billiges und williges Ausbeutungsobjekt erhalten werden.

Zusammengefaßt: Verhärtetes Elend, härteste Knechtschaft, das in die Jahresbilanz der wertvollen Frauen Deutschlands am 8. März.

Auch der Weltkapitalismus sucht sich durch wachsende Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterinnen, insbesondere der schaffenden Frauen, am Leben zu erhalten, dem historischen Gesicht der proletarischen Weltrevolution zu entziehen.

In allen Fronten und mit allen Mitteln bereitet er die politische, wirtschaftliche und militärische Abwärtung der Sowjetunion, des einzigen Arbeiterstaates der Welt, vor.

Es beruht sich, daß die schaffenden Frauenmilionen wieder gleichgültig, noch erschrocken stehen, wie der Weltkapitalismus zur Vernichtung des Staates der proletarischen Welt und des sozialistischen Aufbaues ausstößt. Auch sie müssen be wußt, entschlossen, opferbereit bei der Verteidigung des Schöpfungswertes der proletarischen Revolution werden die Frauen der Sowjetunion ihrer großen, kühnen Vergangenheit, ihrer sozialistischen Aufbauarbeit der Gegenwart ebenbürtig sein.

Die vielfachartigen schweren Mühe beissen die wertvollen Frauen Deutschlands zum Kampfe wider die Kapitalgewaltigen. Das leuchtende Beispiel des einzigen wahren Friedensstaates der Welt, Sowjetrußlands, zeigt ihnen, daß dieser Kampf siegreich geführt werden kann und wie er geführt werden muß am Ausbeutung und Knechtschaft zu beenden. Die russischen Arbeiterinnen rufen ihren deutschen Arbeitsschwägern am Internationalen Frauentag zu:

Auf! Edumt nicht! Auch ihr könnt eure Ketten zerbrechen und eine Welt gewinnen!

Die Befreiung der proletarischen Frau in der Sowjetunion

Die proletarische Revolution hat den schaffenden Frauen der Sowjetunion eine unvergleichliche Lebenserhöhung gebracht.

Die Aufwärtsentwicklung der Lage der Arbeiterinnen und Kleinbauern der Sowjetunion hat seit dem vorläufigen 8. März weitere Fortschritte gemacht. Die Berufstätige erhält für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie der Mann. Die Löhne sind gestiegen, es erfolgt Fortzahlung des vollen Lohnes bei Gehalts während der gesetzlich festgelegten Ferien und während der zwei Monate Urlaub vor und nach der Niederkunft. Ambulatorien und Sanatorien, Ferien- und Erholungsheime — meist in den prächtigen Schloßern und Villen der proprietären Fürsten, Adligen und Bourgeois, stehen den berufstätigen Frauen offen. Der Heranbildung der Frauen in qualifizierten Arbeiterinnen, ihrer guten beruflichen Erziehung in Gewerkschulen, Fachkursen, Techniken und Polytechniken wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Die leitenden Wirtschaftsbereiche sind in Gemeinschaft mit Gewerkschaften und kommunistischer Partei auf das äußerste bemüht, die Nationalisierung der Betriebe ohne Schädigung der Arbeiterinnen durchzuführen. Die Arbeiterinnen, die benachteiligten Frauen haben als volle Gleichberechtigte Sitz und Stimme in den Fabrikkomitees, ihre frei gewählten Vertreterinnen sind Beraterinnen und Mitentscheidende in allen Körperschaften und Organen, die das Wirtschaftsleben organisieren und regeln. Der begonnene Übergang vom Achtstundentag zum Sechsstundentag — ohne Kürzung des Lohnes — kennzeichnet, daß das Proletariat nicht mehr die ausgebeutete, knechtende Klasse geworden ist. Seit dem 8. März 1927 sind eine Anzahl neuer Wöchnerinnen-, Mütter- und Säuglingsheime gegründet worden, darunter musterzügliche Anstalten. Die Zahl der Krippen und Kindergärten bei Betrieben



Erleichterung der Hausarbeit durch Ausnutzung der Technik in einer Sowjetküche, die mit einer mechanischen Abwaschvorrichtung versehen ist.

mit einer weiblichen Belegschaft in Arbeiterbetrieben zu gewachsen, in den Dörfern verlangen die Bäuerinnen mit wachsender Dringlichkeit Einrichtungen der gleichen Art und organisieren sie selbst auf genossenschaftlicher Grundlage.

Die großen Gemeinschaftsküchen in Swanowodoznessen, Rischninow, Moskwa und anderwärts haben ihre Probezeit glänzend bestanden und zur Gründung weiterer derartiger Unternehmungen zur Entlastung der Hausfrau angereizt. Große Kochereien und andere Anstalten werden gegründet, die dem gleichen Zwecke dienen.

Die wertvollen Frauen der Sowjetunion nehmen regen und wachsenden Anteil an dem reich emporklimmenden Bildungs- und Kulturleben. Sie holen nach, was ihnen Jahrhunderte der Unfreiheit und Unterdrückung schuldhaftig geküßt sind. Ihre aktive Beteiligung am Staatsleben ist ständig im Wachsen, so daß in der Sowjetunion die proletarischen Frauen auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaues gleichberechtigte und gleichberechtigende Mitarbeiterinnen sind.

Darum ruft Sowjetrußland, der einzige proletarische Staat, allen Arbeitern und Arbeiterinnen am Herzen und ruft ihnen zu, am Internationalen Frauentag auf neue zu setzen den Revolutionskampf gegen die Angriffe der Imperialisten auf die Sowjetunion.

Arbeiterinnenelend in den kapitalistischen Ländern

In Deutschland demonstrieren am 8. März die wertvollen Frauen gegen die unerhörte Verelendung und Verelendung ihrer Ausbeutung bei Hungerlöhnen. Gleichzeitig marschieren, mit ihrem Kampf verbunden, die Arbeitsschwägern der anderen kapitalistischen Länder auf, als bereites Zeichen des wachsenden Kampfwillens der Frauen.

Die Bourgeoisie aller Länder sucht ihre erschütterte Klassenherrschaft und zerrütten Frauentumult durch härtere Ausbeutung und Unterdrückung der wertvollen Massen zu befestigen und zu erhalten.

In England leiden die Grubenknechte und ihre Angehörigen juchend unter den Auswirkungen der Krise im Kohlenbergbau. Diese sieht andere Frauen in Mitteldeutschland. Auch dort schwellen die Risse der Arbeiterinnen und Arbeiter unheimlich an. Das Feuer der Arbeitslosigkeit ist heftig, und der ihnen gewährte soziale Beistand wird geringer. Das gescheiterte „Antigewerkschaftsgesetz“ zur Knechtung des Streikrechts kündigt mit Flammzeichen, wie die sozialen Dinge in Großbritannien stehen.

Frankreich kennt heute noch nicht die Gleichberechtigung und namentlich das Wahlrecht des weiblichen Geschlechts. Dafür hat das von dem auch Sozialisten Bonaparte ausgearbeitete Gesetz für die Kriegswende des Bourgeoisien Klassenstaates eine Misserfolge der gesamten Bevölkerung geschloßen, die auch die Frauen für diese Zwecke mobilisiert.

Der italienische Sozialismus hat den Arbeiterinnen und Arbeitern harte Lohnerniedrigungen aufgezogen und zerstört alle Organisationen des Proletariats und der Kleinbauernschaft, in denen Klassenbewußtes Leben pulsiert.

Von den sozialen Zuständen in den Vereinigten Staaten, diesem gepriesenen Idealland reformistischer Führer, zeugt der schreckliche Hunger an Säuglingen und Kindern und die fortwährenden Streiks strapellos ausgeplündeter Lohnsklaven.

Am empfindlichsten ist das Geschick der wertvollen Frauenmassen in den Kolonial- und Halbkolonialländern. Dort ruft der imperialistische Kapitalismus die alten Wirtschaft- und Gesellschaftsformen aus, die unbeschränkte brutale Herrschaft des Mannes über die Frau, die Verurteile, Erbitten und religiösen Vorurteilen, die sie knechten, was seine Lohnsklavinnen

einer unmenschlichen Ausbeutung zu unterwerfen. Das Herz krampt sich zusammen, wenn man die Bedingungen erfährt unter denen Frauen — und mit ihnen Kinder von fünf bis sechs Jahren — in China in den Fabriken aushalten und schreien. Nicht wesentlich besser ist die Lage, die die krumme Engländer in Indien den Arbeiterinnen in Fabriken, Bergwerken und Montagen bereiten.

Wohin immer am Internationalen Frauentag die proletarischen Frauen blicken, sehen sie, daß der Weltkapitalismus auf den Säulern der niedergehaltenen Arbeiterkraft seine Profit einheimst.

Darum rufen wir allen proletarischen Frauen am 8. März zu:

Gemein in die Front gegen den Ausbeutung-, und Unterdrückungskampf des Kapitals!

Schließt die rote Front!

Arbeitsschwägern, habt ihr schon vernommen unsern Kampfruf: Schließt die rote Front!? Mütter gehen unter roten Fahnen, zu die Herzen neues Leben kommt. Aus den Küchen, den Fabriken, strömt der Frauen rauhe Schar, Und aus Qualen, Not und Sorgen Wäpft ein Wille, Holz und wunderbar.

Frauen! Rufer die befreite Erde! Sprengt die Fesseln, bracht die Sklaverei! Eure Kind ein freier Mensch einst werde! Schließt die rote Front, zum Klassenkampf herbei! Auf Proleten, schließt die Reihen! Und ihr Frauen, reißt euch ein! Arbeitsfänge, rote Fahnen! Unser wird der große Endtag sein!



So sieht die Wohnungsverhältnisse der deutschen Republik aus! — Obdachlose Frauen im Schlafraum des südlichen Obdachlosenasyk.



Bäuerinnen der Sowjetunion erholen sich im Sanatorium, einem früheren Zarensoß in Livadia (Krim).

Es war nur eine Vernichtungsprobe

Wie noch erinnerlich, war nach der skandalösen Anklagevertretung des Staatsanwalts im Festbedräng-Prozess auf Anweisung des Justizministers Verurteilung gegen den freigesprochenen Abgänger eingelegt worden.

Die „Freiheit“ beschlagnahmt

Mittwoch nachmittag wurde die ausgedruckte Auflage der „Freiheit“, eines fleißigen Wochenblattes, von der Postzeitung beschlagnahmt mit der Begründung, sie wäre eine Fortsetzung der auf drei Monate verbotenen „Liedhölle“.

Heute Eingemeindungsbesprechungen!

Heute um 18 Uhr wird im Gemeindevorstand des preussischen Landtages die Breslauer Eingemeindungsbesprechungen behandelt. Das Plenum des Landtages wird sich voraussichtlich am 6. März mit ihr beschäftigen.

Wann baut Wertheim?

Die Berliner Warenhausfirma hatte als Beginn des Abbruchs der von ihr aufgekauften Häuser am Tauentzienplatz den 1. März angegeben. Western war aber davon noch nichts zu sehen. Eine Reihe von Gerüchten schwirren dafür herum, nach denen sich die Bauausführung durch unvorhergesehene Umstände plötzlich verschoben hat.

Eine interessante Freidenkerveranstaltung

Im dichtgefüllten Saale der Monisthischen Gemeinde sprach Kurt Kramer über: Lenins Kampf gegen die Verfassung des Marxismus. In seinen Ausführungen, die zum großen Teil eine gute Popularisierung der Ideen des Leninschen Buches „Materialismus und Empirio-Kritikismus“ darstellten, würdigte er die Verdienste, die sich Lenin durch die Verteidigung des dialektischen Materialismus und seine Weiterführung im Kampf gegen die sozialdemokratischen, am Schwanz der bürgerlichen Erkenntnisphilosophen hängenden Papieren und Paraphrasenphilosophen erworben hat.

„10000 fliegen auf die Straße“

Wir erhalten folgende Berichtigung des Betriebsrates der Firma Schäfer & Schaal, die zwar nicht dem Pressegesetz entspricht, die wir aber aus Billigkeitsgründen veröffentlichen:

„In Nr. 45 vom 22. Februar schreiben Sie in einem Artikel mit der Überschrift „10000 fliegen auf die Straße fliegen“ u. a.: „Den Vogel schloß jedoch der Betriebsrat Gerlach von der Firma Schäfer & Schaal ab.“

In dieser Berichtigung schreibt uns unser Gewährsmann, daß Gerlach allerdings nicht, wie irrtümlich behauptet, in der Betriebsversammlung, sondern im Arbeiterrat für die Belassung der Notstandsarbeiter im Betriebe im Falle einer Aussperrung eingetreten ist.

Nagiaz in Absteigequartieren. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag durchsuchte die Kriminalpolizei eine Anzahl Absteigequartiere in der Antonienstraße, der Goldenen Adegasse, der Köpelsöhle und am Graben.

Von der Frühjahrsmesse. In diesem Jahre wird die Textilmesse eine erhöhte Anziehungskraft ausüben durch die Sonderausstellung Samt und Seide. Der Verband Deutscher Seidenwebereien und der Verband Deutscher Samt- und Wollschaffabrikanen werden gemeinsam ihre Fabriksäle ausstellen.

Von der Lebensmittelkontrolle. Im Monat Januar 1928 wurden durch das Gewerbeamt zur chemischen bzw. bakteriologischen Untersuchung 306 Proben von Waren angeliefert.

Breslau, 2. März.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte als Hauptinhalt die Beratung des neuen Haushaltsplanes. Ihr ging ein Bericht des Kammerers über das vergangene Jahr voraus, in dem dieser die Lage der Stadt eigentlich recht optimistisch schilderte. Die Generaldebatte zum Etat für das neue Jahr brachte recht langweilige Stunden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der neugewählte Stadtrat Behrendt eingeführt und vom Oberbürgermeister verpflichtet. Die neue Baupolizeiordnung wird angenommen. Die Deckungsvorlage der Mehrausgaben für die Wasserreinigungsanlage im Gaswerk Dürrog wird einstimmig angenommen.

läumsgeschenke“ an die Straßenbahner werden auf die nächste Sitzung verschoben, da der Magistrat eine sofortige Beantwortung ablehnt.

Dann kommt der Hauptpunkt der ganzen Sitzung — Bericht über den Stand der Gemeindevorlagen und Generaldebatte über den neuen Etat. Den Bericht erstattet der Kammerer Dr. Friedel, der u. a. folgendes anführt:

Das Jahr 1927 ist finanziell erheblich günstiger verlaufen wie das Vorjahr 1926. Wir werden voraussichtlich mit einem kleinen Fehlbetrag abschließen, der auf das Jahr 1928 vorgetragen werden kann. Selber haben sich die Arbeitsverhältnisse in den letzten Monaten wieder erheblich verschlechtert.

Der neue Etat ist wieder ein Defizit. Der erste Entwurf schloß mit einer Gesamtbilanzausgabe von 160 148 100 Mark ab. Dagegen stand eine Gesamteinnahme von 127 468 100 Mark gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von 22 7 Millionen Mark vorhanden war.

Der Vorsitzende Dr. Friedrich hält anschließend eine feierliche Dankrede an den Magistrat ufm. Alle Stadtverordneten außer den Kommunisten erheben sich mit todesstiller Gestirnen von den Plätzen. Erster Diskussionsredner ist der Deutschnationale Thum.

Um 21 1/2 Uhr wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Heute öffentliche Frauenversammlung

20 Uhr im „Bergteller“ anlässlich des Internationalen Frauentages. Rosa Wollstein-Berlin spricht über: „Warum haben wir nicht das Nötigste zum Leben?“

Die Feuerwehr nach der Taschenstraße 14 a ausrücken, weil sich in einem Entlastungstrog Rauch bemerkbar gemacht hatte; es handelte sich aber nur um blinden Dampf.

Wohin am Sonnabend? Am Sonnabend führt die Internationale Arbeiterherliche eine größere Saalveranstaltung in amtlichen Räumen von Henkers Festhallen in Morgenau durch.

Sonnabend 19 Uhr bei Wind, Mariannenstraße 16, Sitzung der Notstandsarbeiterobsteute. Notstandsarbeitervertretung.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugend-Verband Breslau. Nord. Freitag 20 Uhr, Lokal Müller, Michaelisstraße 66, Versammlung. Beitragsgeld und Mitgliedsbuch mitbringen. Roter Frontkämpfer-Bund Breslau. Abt. 1. Freitag 19 Uhr Antreten-Lokal zur „Eisenbahn“, Bräberstraße. Alle Mitglieder von RFB, RFD, und JS. erscheinen.

inhaber der Großmarkthalle und der übrigen Markthallen revidiert. Die Revision der Wagen, Maße und Gewichte erfolgte in 1183 Geschäften. Hierbei wurden 477 Gewichte, 81 Wagen, 33 Hohlmaße und 8 Längennaße, weil unvorschriftsmäßig, eingezogen.

Schlagererei in der Städtischen Holzspalteanstalt. Im Grundstück Niedergasse 8/10, in der Städtischen Holzspalteanstalt, entwickelte sich am Mittwoch zwischen den dort beschäftigten Arbeitern ein Streit, der in Tätlichkeiten ausartete.

Selbstmord einer Hausangestellten. Selbstmord beging am Mittwoch die Hausangestellte Hedwig Kurzer, die bei einer Familie Schleiermacherstraße 28 beschäftigt war, durch Dessen des Gasbades. Sie verstarb im Allerheiligen-Hospital.

Zahlung von Schulgeld, Grundvermögenssteuer, und Hauszinssteuer. Der Magistrat veröffentlicht in unserer heutigen Nummer im Anzeigenteil eine Bekanntmachung, auf die wir besonders hinweisen.

Feuerbrände. Die städtische Feuerwehr berichtet: Am 29. Februar wurde die Feuerwehr kurz vor 11 Uhr nach Lohestraße 48 gerufen. In einer im Erdgeschloß gelegenen Badestube hatte ein Bad mit schmutziger Wäsche, Packleinen, Schuhe u. a. gebrannt.

Zahlung von Schulgeld, Grundvermögenssteuer, und Hauszinssteuer. Der Magistrat veröffentlicht in unserer heutigen Nummer im Anzeigenteil eine Bekanntmachung, auf die wir besonders hinweisen. Feuertage. Die städtische Feuerwehr berichtet: Am 29. Februar wurde die Feuerwehr kurz vor 11 Uhr nach Lohestraße 48 gerufen.

Waldenburger Bergland

Vertrauens- oder Misstrauensvotum für die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes?

Auf der Jahreskonferenz des Bergarbeiterverbandes stand diese Frage im Mittelpunkt der allgemeinen Aussprache. Konnten Hoffmann und seine getreuen Funktionäre von der Bezirksleitung überhaupt ein Vertrauensvotum beanspruchen für die Arbeit, welche sie für die Bergarbeiter im Vorjahre geleistet hatten? Das Jahr 1937 wurde eingeleitet mit einer Lohnbewegung der Bergarbeiter, bei der durch Anwendung des Kündigungsmittels die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen beabsichtigt war. Diese Bewegung, durch die Gewerkschaftsbürokraten auf den Schlichtungsweg verschoben, wurde nach Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts abgewürgt, ohne die nach dem Verbandsstatut zu künftige Revision der Konferenz zu veranlassen. Die Bezirksleitung unterwarf sich willig dem Schlichtungsamt der Bürgerblatregierung und dachte nicht im entferntesten daran, das Verbandsstatut zu beachten (§ 25, Absatz 8, und eventuell sofortige Kampfmaßnahmen in die Wege zu leiten. Durch die Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes machte sich eine Veränderung in der Bezahlung und Regelung der Ueberarbeit im Bergbau notwendig. Auch bei der Kündigung des Manteltarifs und des Ueberarbeitszeitabkommens wurden keine Kampfmaßnahmen in die Wege geleitet.

Bei den Schlichtungsverhandlungen „kämpften“ die Gewerkschaftsbürokraten darauf, daß die Gewährung von Freilohnen für Invaliden aus dem Manteltarif verschwand. Ein solcher Erfolg wurde nur für die Jugendlichen in Bezug auf Ferien erzielt. Die Gewerkschaftsbürokraten mußten Verschlechterungen im Manteltarif hinnehmen, nachdem sie nicht unternommen hatten, die Bergarbeiter für den Kampf zu mobilisieren. Auch in bezug auf Regelung der Arbeitszeit wurden bei weitem nicht alle Forderungen durchgesetzt und bei Bezahlung der Ueberarbeit konnte man nicht einmal die 25 Prozent Zuschlag, die im Arbeitszeitgesetz der reaktionären Bürgerblatregierung festgelegt sind, erringen. Die Gewährung von Freilohnen an Invaliden, wie sie im alten Manteltarif vorhanden festgelegt war, hätte durch eine entschlossene Haltung erhalten werden können. Die Arbeitsrechtler streiten ja noch heute über den Abschluß von Verträgen zugunsten Dritter. Wenn man nun aber den Verlauf der letzten Lohnbewegung heranzieht, so zeigt sich ja schon der Erfolg in den Resultaten, welche die Bergarbeiter am Lohnstag erhalten. Hier ausnahmsweise können wir einmal Hoffmann und seinen Getreuen recht geben, indem er in seinem Bericht in der „Bergwacht“ schreibt, daß die alten sozialdemokratischen Arbeiterführer diesen Erfolg erzielt haben!

Nach der letzten Lohnbewegung sind die Durchschnittslöhne für Gebirgsarbeiter um 28 Pfennige gesunken, wenn man sich dann noch, wie es die Führer Hoffmann usw. tun, als großen Erfolg die letzte Lohnbewegung hinstellen, so finden sie nur einen Sturm der Entrüstung, der ja auch darin zum Ausdruck kommt, daß man den Ausschluß von Hoffmann aus dem Verband fordert. Die Gewerkschaftsangehörigen treten für schärfste Wahrung der Friedenspflicht des Lohnstages ein und lehnen es ab, den unmöglichen Lohnzustand durch wirtschaftliche Forderungen zu befestigen, und vertrauen, wie so oft, auf den Ablauf des Lohnstages. Daß die Führer auch gar nicht daran denken, das Ueberarbeitszeitabkommen zu kündigen, versteht sich von selbst. Kann also eine solche Gewerkschaftsleitung, die alle Entscheidungen über Lohn, Arbeitszeit usw. den Schlichtungsinstanzen überläßt und es ablehnt, die Bergarbeiter zur Verbesserung ihrer Existenz aufzurufen, ein Vertrauensvotum beanspruchen? Konnte ein Funktionär anerkennen, daß die Bezirksleitung, welche einerseits die Statuten verlegt, andererseits vorgibt, die Lebenshaltung der Bergarbeiter auf einen so hohen Stand gebracht zu haben, gemäß der gemeinwirtschaftlichen Bedeutung des Berufs? Ist es nicht eine Verhöhnung der Bergarbeiter, wenn Hoffmann und Hertfelder erklären, „daß man wohl vor einem Kampf radikale Worte finden müsse, um die Bergarbeiter aufzurütteln“, um nachher, wenn sie kampfenschnellen sind, die Bewegung einfach abzumischen. Deshalb war es durchaus notwendig, die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten zu ziehen und der Bezirksleitung das Misstrauen auszusprechen. Die Bergarbeiter hatten alle Ursache, diesen Führern gehörig entgegenzutreten, und nachdrücklich muß überall verlangt werden, wirtschaftliche Lohnbewegung und Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens. Die Bergarbeiter müssen nachdrücklich von ihren Betriebsräten und Funktionären Rechenschaft fordern, ob sie gewillt sind, diese Forderungen durchzusetzen oder nicht. Nur wenn sich die Bergarbeiterschaft auf ihre eigene Kraft besinnt, wird sie eine Besserung ihrer Existenzlage erzielen.

Die sachliche Stellungnahme der Kommunisten zu den Gewerkschaftsfragen sucht die „Bergwacht“ durch eine Heze gegen den Genossen Julius Müller in den Augen der Bergarbeiter herabzusetzen. Sie behauptet, Genosse Müller hätte das Misstrauensvotum mit der Zugehörigkeit Hoffmanns zur SPD begründet. Erstverhältnißlich erklärt die Mitgliedschaft Hoffmanns zur SPD seine „wirtschafts-demokratischen“ Illusionen. Inwiefern war der Hinweis des Genossen Müller durchaus richtig. Die verlogenen „Bergwacht“-Demagogen werden mit dem bloßen Zeugnisspielzeug, dem Genossen Müller zu unterstehen, daß er nicht aus sachlichen Gründen dem Misstrauensvotum zugestimmt hat, daher keine Geschäfte machen können.

Groß-Waldenburg

Zum Einzug des Fördererhauses. Bei dem gestern gemeldeten Einzug des Fördererhauses in Köthenbach wurden dem 20jährigen Rauter Meier beide Beine gebrochen, die gleich nach seiner Bergung amputiert werden mußten. Außerdem erlitt er noch schwere Kopf- und Brustverletzungen. Sehr schwere Verletzungen erlitt auch der 20jährige Schlosser Wagner, dagegen kam der Bruder von Meier mit leichten Verletzungen davon.

Eine christliche Fieberin. Ein Kamerad vom Roten Frontkämpferbund hatte beim Bergbau im Magranzschacht eine Fieberin erlitten. Dieselbe ist von einer Witfrau, welche mehrere Kinder hat, auf der Polizeiwache in Gottesberg abgegeben worden. Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie eifrig Klassenbewußte Proletarier nach Proletarierinnen sind.

Kündigung auf der David-Grube Saarabühl

Was vor einigen Tagen gemeldet wurde, ist Wahrheit geworden nämlich, daß der Ueberarbeitsbetrieb um ungefähr 30 Mann reduziert wird. Ein Teil der Handwerker wird verlegt, während neun

Handwerkern festgestellt wird in die Grube zu fahren oder nach vierzehn Tagen die Papiere zu empfangen. Die letzteren lehnen natürlich ab, mit 35 bis 40 Jahren unter Tage als Schlepper anzufangen. Die Verwaltung wird das Alter nicht berücksichtigen und nach der abgelaufenen Kündigungsfrist die Betroffenen aus Sparmaßregeln auf die Straße werfen.

Bezirksleiter Hoffmann und Arbeitersekretär Wischmann durchgefallen!

Die letzte Kreisversammlung der SPD beschäftigte sich mit der Aufstellung der Ersatzkandidaten für die kommenden Wahlen. Die beiden Kandidaten Hoffmann und Wischmann fielen nämlich durch. Auch die SPD getraut sich nicht, den so „geschätzten“ Bergarbeiterführer Hoffmann als Kandidaten aufzustellen. Es fallen in den SPD-Kreisen da so manche fleißige Worte, die nicht gerade schmeichelhaft für Hoffmann waren. Im Wahlkampf wird noch so manches über diese Konferenz zu erwähnen sein.

Bergarbeiterversammlung der Zahlstelle Nieder-Uttwasser. Die letzte Zahlstellenversammlung befaßte sich mit einem Vortrag über Arbeiterbildungsfragen. Lehrer Scholz-Weißstein beleuchtete die Entwicklung des Bildungswesens von der Urzeit bis in

Niederschlesien

Görlitz

Saunselige Arbeitsweise. Sehr oft gingen in letzter Zeit bei uns Beschwerden ein über die „schnelle Arbeit“ des Arbeitsnachweises. Man sollte doch glauben, daß innerhalb der drei Karenztage ein Antrag auf Unterstützung erledigt werden könnte. Daß dem aber nicht so ist, zeigt uns folgender Brief eines Arbeitslosen: „Am 20. Februar meldete ich mich arbeitslos. Meine Papiere waren in Ordnung, da ich wegen Stilllegung des Betriebs entlassen worden bin. Am 25. Februar wollte ich mir die erste Unterstützung holen. Aber mir wurde der Bescheid zuteil, daß mein Antrag noch nicht zurück sei, ich solle Montag und Dienstag zur Stelle, aber ich mußte mir sagen lassen, daß mein Antrag immer noch nicht zurück sei. Als ich darauf meinem berechtigten Unwillen etwas Luft machte, wurde ich von dem Beamten noch verhöhnt. Wenn man bedenkt, daß ich als Textilarbeiter einen Wochenlohn von 21,40 Mark hatte, und es mir bei diesem Hungerlohn nicht möglich war, auch nur wenige Mark zu sparen, dann ist diese Hummel auf dem Arbeitsnachweis eine recht große Härte. Drei Tage sind Wartezeit, und acht Tage gehe ich außer derselben schon stempeln und habe noch keinen Pfennig Unterstützung erhalten. Also beinahe 14 Tage braucht man, um Unterstützung zu erhalten, aber jede Woche wird einem vom Hungerlohn gleich die Arbeitslosenunterstützungsbeiträge abgezogen. Wahrscheinlich herrliche Zustände, besonders da der Leiter des Arbeitsamtes ein Sozialdemokrat ist, der aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist und demnach wissen möchte, wie notwendig die Proleten die geringe Unterstützung brauchen. Wir fragen deshalb, woran es liegt, daß die Genehmigung eines Antrages so lange dauert?“

Vortrag des Aufstrebenden Andrius in Leschwitz. Das Komitee der Aufstrebenden in Görlitz hatte in Leschwitz zu einem öffentlichen Vortrag aufgerufen. Der Besuch war über Erwartungen gut, ein Zeichen dafür, daß auch auf dem Lande großes Interesse ist, etwas über Sowjetrußland von einem Augenzeugen zu erfahren. Es waren ungefähr 120 Personen anwesend. Nach dem Vortrag des Kollegen Andrius wurden mehrere Fragen gestellt, die er sehr gut beantwortete. Neben dem Absatz einer größeren Anzahl Broschüren wurde am Schluß der Versammlung der Betrag von über sechs Mark durch freiwillige Spenden aufgebracht. Durch die Vorträge des Kollegen Andrius werden immer mehr von den Schwindelnachrichten über Rußland aufgeklärt. In mehreren Gewerkschaftsverbänden wurden die Vorträge schon gehalten, und wie bekannt ist, finden noch eine Anzahl statt. Andere Kreise haben sich schon an Andrius gewandt, auch bei ihnen einen Vortrag über Rußland zu halten. Trotz aller Schwindelnachrichten in den rußlandfeindlichen Pressen, wie Verbannung, Terror und neuerdings „große Hungersnot“, geht die Wahrheit ihren geraden Weg.

Schwerer Verkehrsunfall. Auf der Staatsstraße zwischen Dörfel und Kirchscheide wurde ein Dresdener Personauto, das zwei Koffer überfahren wollte, durch das plötzliche Bremsen herumgeschleudert und stürzte eine hohe Böschung 1½ Meter tief in den Straßengraben hinab. Der Chauffeur wurde leicht verletzt, ein Insasse schwerer, während einer der Radfahrer einen Beinbruch davontrug und sein Rad völlig demoliert wurde. Auch das Auto erlitt schwere Beschädigungen.

Neuer Gemeindevorsteher für Penzig LR. Als kommissarischer Gemeindevorsteher ist Stadtobersekretär Adam aus Liegnitz bestellt worden, der die Dienstadt bereits am 1. März übernommen hat.

Sagan

Altes Lebensalter. In Niederhartmannsdorf verstarb der älteste Einwohner des Ortes und wohl des gesamten Kreises Sagan, der Anzögler Heinrich Fister, im 97. Lebensjahre.

Ortsausweisung in Galbau. In gemeinsamer Sitzung mit dem Sportklub gab der Vorsitzende bekannt, daß der Richter vom „Sportklub zur Krone“ sein Verbot den Gewerkschaften sowie den Sportvereinen nicht mehr zur Verfügung stellt. In lebhafte Aussprache wurde das Verhalten des Richters Erbert der Arbeiterkassen gegenüber kurz beurteilt. An einem Fall wurde gezeigt, wie sich dieser Herr verhalten. Während der Verhandlung kommt er in der Saal und schreit: „Wer hat Euch den Schlüssel zum Saal gegeben? Sofort den Saal verlassen! Sofort alles raus!“ Herr Erbert erklärte, er kenne die Arbeiter nicht, er wisse auch ohne diese Leute. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: In den Gewerkschaften, den Sportvereinen sowie in der Presse ist das Verhalten des Herrn Erbert sofort bekanntzugeben und die Arbeiterkassen zu ermahnen, das Verbot zu widerrufen.

ble Gegenwart vom Standpunkt der Klassenverhältnisse. Zur Generalversammlung wurden eine ganze Anzahl Anträge eingebracht und als Kandidat Genosse Jahn aufgestellt. Ueber den Verlauf der Kreisversammlung entspann sich eine rege Aussprache. Allseitig wurden wirtschaftliche Lohnverhandlungen verlangt und die Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens gefordert.

Liebau. Kartellbildung. Nach Verlesen des Protokolls wurde Stellung genommen zu den Wahlen zum Versicherungsbund. Es wurde die Notwendigkeit der Vertretung der Arbeitnehmer in dieser Körperschaft hervorgehoben. Die Organisationen müssen sofort Stellung dazu nehmen und dem Kartellvorsitzenden Vorschläge einreichen, damit die Einreichung der Vorschlagsliste erfolgen kann. Die Textilarbeiter und Fabrikarbeiter haben bereits Vorschläge gemacht. Unter Punkt 3 wurde der Bericht über den Ankauf des Grundstücks für das zukünftige Gewerkschaftshaus gegeben. Das Gewerkschaftskartell hatte eine Kommission von sechs Kollegen damit beauftragt, diese Geschäfte zu führen. Beabsichtigt war, ein großes Grundstück im Zentrum der Stadt zu kaufen. Dieser Plan wurde aufgegeben. Es erfolgte dann der Ankauf der „Stadt Berlin“ zu einem Preise von 16 100 Mark einschließlich Inventar. Die Geschäftsübernahme erfolgt am 1. April unter Bewirtschaftung des Kollegen Schreiber als Geschäftsführer. Es wird an der Liebauer Arbeiterkassen, dieses Arbeiterunternehmens zu einem Sammel- und Zentralpunkt der Arbeiterbewegung am Orte auszugestalten und zu fördern. Der Erfolg wird bestimmt ein sicherer sein. Ein Teil der Finanzierung wird durch Verkauf von Bausteinen am Orte und außerhalb des Ortes getätigt werden. Jeder Kollege und Genosse wird mit seiner Familie und Bekannten jetzt sein eigenes Heim unterflügen, welches besonders in Liebau am meisten gefehlt hat.

Schweidnitz

Achtung, Betriebsräte! Freitag, den 2. März, 10,30 Uhr, bei Habel Betriebsräte- und Vertrauensmännerkongress des DMB. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes. — Dienstag, den 6. März, Betriebsraterversammlung im Vorderzimmer der „Stadt Reichensbach“. Wichtige Tagesordnung. Beginn pünktlich 20 Uhr. Die Betriebsratenzentrale Schweidnitz.

Sprottau

Mit 72 Jahren freiwillig in den Tod. Die 72jährige Witwe Berta Dietrich fand man in ihrer Wohnung mit Leuchtgas vergiftet tot auf. Da sie seit längerer Zeit kränzlich war, dürfte die Tat darauf zurückzuführen sein.

Haynau

Impulsanter Empfang der Genossin Hoelz. Die Rote-Hilfe-Ortsgruppe hatte am Dienstagabend zum Empfang der Genossin Hoelz am Bahnhof ausgerufen. Schon vor Eintreffen des Propagandazuges unter Vorantritt der KJB-Kapelle war der Bahnhofsvorplatz von Hunderten und aber Hunderten von Arbeitern umlagert. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden setzte sich der impulsive Zug in Bewegung. Dichte Menschenmassen bildeten an der Straße Spalier.

Die überfüllte Protestkundgebung. Schon vor Beginn der Kundgebung war der große Volkshausaal überfüllt, so daß viele keinen Einlaß mehr fanden. Die Kapelle des KJB leitete den Abend ein. Der Vorsitzende, Genosse Ventrup, eröffnete die Kundgebung. Die versammelten Arbeiter, darunter sehr viele SPD-Genossen und Reichsbannerkameraden, begrüßten die Genossin Hoelz mit einem donnernden „Rot-Front!“ Die Genossin Hoelz erhielt das Wort, und ihre sachlichen Ausführungen wurden verständnisvoll aufgenommen. Davon zeugte der reiche Beifall am Schluß ihrer Rede. In der Pause verrichteten die Roten Helfer die nötige agitatorische Arbeit. Zur Aussprache meldete sich leider nur ein Genosse, trotzdem Angehörige genuerischer Organisationen erschienen waren. Der Vorsitzende forderte zum Schluß auf, das Gehörte zu beherzigen, es unter den Arbeitskräften im Betriebe, auf dem Arbeitsnachweis und im Bekanntenkreise weiterzutragen. Eine Resolution, die die Freilassung von Max Hoelz und allen politischen Gefangenen forderte, fand einstimmige Annahme.

Der organisatorische Erfolg war über alle Erwartungen gut. An Broschüren wurden für 17,10 Mark und von der „Arbeiter-Zeitung“ 54 Stück umgelegt. Die Zellerfassung erbrachte 22,76 Mark. 70 neue Mitglieder wurden gemeldet für die Rote Hilfe, 6 für den KJB, 1 für die SPD und 4 neue Leser der „Arbeiter-Zeitung“. Rote Helfer, die Organisation marschieren, bereiten das Märzausgebot gut vor zum weiteren Aufbau der Ortsgruppe!

Einbruch im Volkshause. In der Nacht vom 28. zum 29. Februar wurde im Volkshause eingebrochen. Es sollen Werte bis zu 20 Mark gestohlen sein. Der Einbrecher muß mit den örtlichen Verhältnissen bekannt gewesen sein, sonst hätte der sehr wachsame Wächter einschlagen müssen. Die polizeilichen Untersuchungen sind im Gange.

Aus dem Riesengebirge

Deffentliche Frauerversammlung in Petersdorf. Sonnabend 20 Uhr im Gerichtskreisamt öffentliche Frauerversammlung. Genossin Hane-Breslau spricht.

Unverantwortliches Handeln des Hermsdorfer Gemeinde-Vorstehers. Am 23. Februar tagte die Gemeindevertretung. Eingangs der Sitzung wurde die Eingruppierung der Gemeindebeamten nach der neuen Besoldungsreform verhandelt. Der Gemeindeobersekretär wurde in die Stufe 4b ohne Zulage veretzt. Der Kassentendant nach Stufe 4c. Die Entlohnung „An der Eisenbahn“ vom Kreis zu übernehmen, wurde abgelehnt, da sie sich nicht im entsprechenden Zustande befindet. Uebergabe der Hausinstallationen zur Wasserleitung an eine Firma wurde abgelehnt. Die Wasserleitungsarbeiten in den beiden neuen Familienhäusern werden an Kreiskamerad Stefan vergeben. Ueber den Punkt „Bewilligung der Kosten zur Renovation des katholischen Bahnhofs“ entspann sich eine längere Debatte. Bekanntlich besteht (nur der katholischen Kirche gegenüber) ein Vertrag, der schon über 200 Jahre alt ist, wonach die politische Gemeinde verpflichtet ist, derartige Sachen zu unterstützen. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, Verhandlungen aufzunehmen, um diesen Vertrag zu liquidieren. Genosse Schneider machte hierbei die Gemeindevertretung darauf aufmerksam, daß die Freidenker einen Urnenfriedhof verlangen. Dem Orts- und Verkehrsverein wurden 3000 Mark bewilligt und dem KJB 305 Mark. Als nächster Punkt stand „Bewilligung der Mehrkosten für Straßenbeleuchtung“ auf der Tagesordnung. Hier brachte Genosse Schneider vor, daß der Gemeindevorstand eine Rechnung, die über 100 Prozent höher war als im Vormonatslage, bezahlt hat. Selbst bürgerliche Vertreter waren entsetzt, daß der Vorsteher, ohne die Gemeindevorsteherin gehört zu haben, diese Rechnung bezahlt hatte. Es ist eine Unverantwortlichkeit, mit Geldern, die der Allgemeinheit gehören, so umzugehen. Sonst freitel man sich um 10-20 Mark, hier sind es aber bald 400 Mark, die erpart werden konnten. Die Arbeiter werden halig tun und sich derartige Argumente ins Gedächtnis schreiben, bei den kommenden Wahlen einen Schlag darunter machen und diese Leute davonjagen.